

WÄHLT Sozialdemokraten

1		1	
Gästebuch		Gästebuch	
Bock, Wilhelm	GOTHA		
Rosenfeld, Kurt	BERLIN		
Frölich, August	WEIMAR		
Wurm, Mathilde	BERLIN		
Diethrich, Georg	ERFURT		
Hermann, Karl	EISENACH		
Siemens, August	JENA		
Niviera, Else	BERLIN		
Mäder, Erich	ALTENBURG		

LISTE 1

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik

Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930

Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten

Wählt sozialdemokratisch!

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS.

3. Auflage

Tectum

5	Deutschnationale Volkspartei Förderung - Erhalt - Wirtschaft - Job	5	25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter Mittel - Wirtschaft - Job
5a	Katholischer Mittelstand Wohlfahrt - Dr. Wittenberg	5a	26	Gemeinde und Christen Dank für Wirtschaft
6a	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Jahresrentenempfänger Geld - Wirtschaft - Jenseits - Christen	6a	27	Kleinrentner, Jubilanten Vorteile erhalten
7	Deutsche Volkspartei Dr. Meier - Dr. Meier - Frau Dr. Meier	7	28	Deutsche Bauern (National-Republikan)

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik

**Propaganda und Programme der politischen
Parteien bei den Wahlen zum Deutschen
Reichstag von 1924 bis 1930**

Tectum Verlag

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018
Zugl. Diss. Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1995

E-Book: 978-3-8288-7193-9

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4203-8 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlagabbildungen: Plakat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zu den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung 1919; Bundesarchiv Bild 102-00394, Berlin, Wahlpropaganda zur Reichstagswahl (Mai 1924); Bundesarchiv Bild 102-00888, Berlin, Wahlwerbung für KPD (Dezember 1924); Wahlplakat der SPD (1928); Bundesarchiv Bild 102-10313, Reichstagswahl, Propagandawagen des Zentrums (August 1930); Bundesarchiv Bild 102-03497A, Berlin, Propaganda zur Reichstagswahl (Juli 1932); Bundesarchiv B 145 Bild-P046291, Berlin, Reichstagswahl, Wahlzettel (1932)

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorbemerkung

Sie waren eine dramatische und faszinierende Epoche – die 14 Jahre der deutschen Republik, deren Gründung in Weimar sich 2019 zum 100. Mal jährt. Was am 9. November 1918 als Aufbruch in die Demokratie und zu mehr politischer Mitbestimmung des Volkes begann, endete am 30. Januar 1933 in faschistischer Diktatur und nationalsozialistischem Terror. Zeitgenossen beschrieben den Weg dorthin – noch ganz im Banne der »Urkatastrophe« Erster Weltkrieg – als eine Abfolge unentwegter »Wahlschlachten«, als »Krieg der Parteien« um Meinungen und Macht auf einem politischen »Kriegsschauplatz«.

Die politischen Wahlen auf Gemeinde-, Länder- und Reichsebene wurden nach 1919 begleitet von Volksabstimmungen im Gefolge des Versailler Vertrags und Volkentscheiden wie jenen für die Fürstenenteignung 1926 oder gegen den Young-Plan 1929. Alle diese Wahlbewegungen elektrisierten die Menschen und die öffentliche Diskussion in einem Maße, das vor 1914 unbekannt war, als der politische Wettstreit trotz aller Demokratisierungstendenzen noch unter dem »obrigkeitsstaatlichen Deckel« gehalten wurde. Die Wahlkämpfe der politischen Parteien vor den vier Weimarer Reichstagswahlen am 4. Mai 1924, am 7. Dezember 1924, am 20. Mai 1928 und am 14. September 1930, deren Themen, Ablauf, Akteure und Folgen die vorliegende Arbeit untersucht, spiegeln die Phase der »relativen Stabilisierung« der Weimarer Republik wider. Mehr als die Wahlkämpfe zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und zum ersten Reichstag am 6. Juni 1920 oder die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli 1932 sowie am 6. November 1932 und die – bereits unter antidemokratischen, faschistischen Bedingungen abgehaltene – Wahl am 5. März 1933 können sie Aufschluss geben, wenn die politische Kultur der Weimarer Republik anhand von reichsweiten Wahlbewegungen untersucht werden soll.

Bei der vorliegenden Darstellung der vier Reichstagswahlkämpfe von 1924 bis 1930 handelt es sich um den Nachdruck meiner Arbeit, mit der ich 1995 von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zum Dr. phil promoviert wurde. Der Text wurde für diese dritte Auflage inhaltlich nicht überarbeitet, sondern nur dem geänderten Druckformat angepasst.

Die Anregung, mich mit parteipolitischer Propaganda anlässlich von Reichstagswahlen der Weimarer Republik zu befassen, erhielt ich Ende der 1980er-Jahre in den Lehrveranstaltungen von Professor Peter Bucher, Archivdirektor am Bundesarchiv Koblenz, an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Nach dem unerwarteten Tod von Professor Bucher im August 1991 übernahm Professor Winfried Baumgart, Mainz, die Betreuung der vorliegenden Arbeit und unterstützte ihr Entstehen stets mit Rat und Tat, wofür ich ihm zu Dank verpflichtet bin.

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir besuchten Archive und Bibliotheken dafür, dass sie mir Zugang zu den Archivalien und Beständen gewährten. Für seine freundliche Bereitschaft, mir über seine Tätigkeit als technischer Wahlkampleiter der Weimarer Sozialdemokratie Auskunft zu geben, gebührt Fritz Heine (1904–2002) besonderer Dank.

Hamburg, Ende 2018

Dirk Lau

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
Kapitel 1: Historische Wahlkampfforschung und Weimarer Republik	13
Kapitel 2: Politische Kultur, Parteien und Wahlkämpfe im Deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1914	33
Kapitel 3: Zur politischen Kultur der Weimarer Republik: Parteien, Programme und Koalitionen	45
Geborene Oppositions- und klassische Staatspartei – Die Weimarer Sozialdemokraten	55
„Nationale Opposition“ – Die Deutschnationalen	60
„Auf dem Boden der gegebenen Tatsachen“ – Die katholischen Parteien	65
Revolutionäre Partei „im Wartestand“ – Das Dilemma der Weimarer Kommunisten	70
„Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei“	73
Zwischen Reaktion und Revolution – Die Deutsche Demokratische Partei	76
Das Versprechen einer radikalen Systemalternative – Die Nationalsozialisten	79
Erster Teil: Der Aufmarsch der Parteien zur Wahlschlacht	85
Kapitel 4: Organisation und Ablauf der Reichstagswahlkämpfe	87
Der Wahlkampf zur Nationalversammlung im Winter 1918/19	99
Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1920	109
Die Wahlbewegung vom Frühjahr 1924	117
Die Wahlbewegung vom Herbst 1924 und die Reichspräsidentenwahlkampf vom Frühjahr 1925	129
Die Wahlbewegung vom Frühjahr 1928	143
Die Wahlbewegung vom Sommer 1930	158
Zusammenfassung	173

Kapitel 5: Der Wahlkampfstil der Weimarer Parteien	179
Versuche der Modernisierung liberaler Parteistrukturen	186
Zur Wahlkampfführung von DVP und DNVP	196
„Der Stimmzettel ist eure Macht“ – Weimarer Sozialdemokraten im Wahlkampf	210
„Wahlkampf ist Klassenkampf“ – Die Kommunisten	221
Für einen „sachlichen Kampf der Geister“ – Zur Wahlkampfführung des Zentrums	232
Zur Frage der Modernität der NSDAP-Propagandatechnik	240
„Der Krieg muss den Krieg ernähren“ – Die Wahlwerbekosten der Parteien	246
„An den Einen ... Und an Alle!“ – Zur sozialen Argumentation der Wahlpropaganda	260
Kapitel 6: „Waffen für den Wahlkampf“: Die Propagandamittel	275
Der „Kampf um die Straße“: Versammlungen, Demonstrationen und Revuen	283
Zeitungen, Plakate und Flugblätter im Zeichen der Bildpropaganda	295
Flugzeuge, Kraftfahrwagen und Fahrräder	317
Vom Grammophon zum Rundfunk: Die „Lautsprecher“	323
Die neue „Großmacht Film“	330
Symbol- und sonstige Wahlpropaganda	342
Zusammenfassung: Technisierung und Amerikanisierung der Wahlkämpfe im Zeichen der Massenmobilisierung	355
Zweiter Teil: Die Wahlprogramme der Parteien	359
Kapitel 7: Nationalismus in Zeiten der Krise – Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924	361
„Der Feind steht rechts!“ – Die SPD im Kampf gegen „innen- und außenpolitische Knechtschaft“	364
„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!“ – Deutschnationaler Kampf gegen die „Novemberverbrecher“	372
„Gegen die Politik der Verneinung“ – Das Zentrum	379
„Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“ – Die Deutsche Volkspartei	385
„Erfüllungspolitik ist Befreiungspolitik“ – Die Deutsche Demokratische Partei	392
Gegen den „neuen Versklavungsplan“ – Die „nationale“ Propaganda der Kommunisten	398
Abrechnung mit dem „Schwindelsystem“ – Nationalsozialistische Freiheitspartei	404
Sonstige Parteien	409

Wahlergebnis und Zusammenfassung	414
Kapitel 8: „Schwarz-weiß-rot“ gegen „Schwarz-rot-gold“ –	
Der Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924	421
„Für die schwarz-rot-goldene Republik!“ – Die Sozialdemokraten	424
„Unsere Farben bleiben: Schwarz-weiß-rot!“ – Die Deutschnationale Volkspartei	431
„Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“ – Die „wahrhaft nationale“ Politik des Zentrums	438
„Zerschlagt das Zuchthaus der Dawes-Banden!“ – Der kommunistische Kampf für „Sowjetdeutschland“	444
Abgrenzungsversuche gegen den „Linksblock“ Die DVP-Parole von der „nationalen Realpolitik“	449
Für eine „nationale Politik der Mitte“ – Die Deutsche Demokratische Partei	456
Gegen die „Versklavung durch die jüdischen Kapitalisten“ – Die National-Sozialistische Freiheitsbewegung	462
Sonstige Parteien	467
Wahlergebnis und Zusammenfassung	472
Kapitel 9: Bürgerblock oder „soziale Republik“ – Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928	477
„Schluss mit dieser Bürgerblockwirtschaft!“ – Die Sozialdemokraten kämpfen für die „soziale Republik“	480
Die „gekündigte Regierungspartei“ – Rückkehr der Deutschnationalen zur alten Anti-„System“-Parole	487
Das Zentrum als „christliche Volkspartei“ gegen „kulturkämpferischen Sozialliberalismus“	496
„Im Geiste Bismarcks und Hindenburgs mit Stresemann für's Neue Reich“ – Die Deutsche Volkspartei	502
Kommunistische „Einheitsfront aller Ausgebeuteten“ gegen die kapitalistische „Ebert-Hindenburg-Republik“	508
Kampf der Demokraten für eine „klare republikanische Mehrheit“	515
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	521
Sonstige Parteien	527
Wahlergebnis und Zusammenfassung	532
Kapitel 10: „Interessentenhaufen oder Staatsvolk?“ – Der Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930	539

„Gegen Bürgerblock, Hakenkreuz und Sowjetstern“ – Sozialdemokratischer Abwehrkampf im Zeichen der Krise	544
„Ein Mann – Eine Bewegung – Ein Programm“ – Hugenberg's „Führer“-Wahlkampf	552
Gouvernementaler „Führer“-Wahlkampf des Zentrums: Brüning, der „neue starke Mann für Deutschlands Rettung“	560
Der kommunistische Abwehrkampf gegen die „Sozial- und Nationalfaschisten Young-Deutschlands“	568
„Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung“ – Die Deutsche Volkspartei sucht die „breite Front der nationalen Mitte“	576
Der jungdeutsche Erneuerungsversuch der Demokraten: „Keinen Parteienstaat! Darum Staatspartei!“	583
Weg mit der „Youngrepublik“ des „alten Deutschlands“ – Das nationalsozialistische „Nein zum heutigen System“	591
Sonstige Parteien	597
Wahlergebnis und Zusammenfassung	605
Zusammenfassung und Ergebnisse	613
Anhang	639
Quellen- und Literaturverzeichnis	639
Personenregister	696
Abkürzungsverzeichnis	699
Anmerkungen	701

Einleitung

Kapitel 1

Historische Wahlkampfforschung und Weimarer Republik

Politisch-kulturelle Deutungen und Diskurse werden als konstitutive Bestandteile der historischen Wirklichkeit und somit auch als ein eigenständiger Forschungsbereich der Geschichtswissenschaft betrachtet. Mittlerweile ist anerkannt, dass es die Erforschung politischer Kulturen nicht nur mit isolierten Meinungsprofilen und Werthaltungen bestimmter Eliten, sondern mit „grundlegenden Vorstellungen über die Welt der Politik und damit verknüpften operativen Normen“ zu tun hat, die sich insgesamt als „das mit spezifischem Sinn gefüllte ideelle Design eines Kollektivs für sein politisches Leben“¹ begreifen lassen. Unbestritten ist auch, dass sich die politische Kultur einer demokratischen und medienbewussten Gesellschaft in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung beziehungsweise in den Stellungnahmen von politischen Parteien widerspiegelt. Das von der amerikanischen Politikwissenschaft in den 1960er-Jahren entwickelte Analysekonzept „Politische Kultur“ bietet sich dabei trotz Kritik an seiner empirischen Unzuverlässigkeit als „feuilletonistisch anmutendes Zugangsmittel historischer Forschung an, denn es gestattet, die Verarbeitung von Geschichte und Politik zu beschreiben“².

Eine Arbeit, die im Rahmen des von Klaus Megerle geleiteten Berliner Forschungsprojektes zur politischen Kultur der Weimarer Republik entstand, definiert politische Kultur als das „umfassende System politischer Vorstellungen“, das „in seiner Struktur auf dem Wege der Verarbeitung politischer Erfahrungen die Struktur der objektiven politischen Bedingungen reproduziert und gleichzeitig die politische Praxis ihrer Teilhaber strukturiert“³. Zentrale These des Forschungsprojektes ist, dass für die politische Kultur der Weimarer Republik eine ausgepräg-

te Fragmentierung konstitutiv gewesen sei. Nach 1918 habe sich in Deutschland keine einheitliche politische Nationalkultur herausgebildet, sondern sei die Gesellschaft gespalten geblieben in sich vielmehr noch verfestigende Teilkulturen mit je spezifischen Denk- und Handlungsmustern. Im Unterschied zum wilhelminischen oder später zum nationalsozialistischen Deutschland besaß die aus der Kriegsniederlage und der Revolution geborene Weimarer Republik kaum Rückhalt bei großen gesellschaftlichen Gruppen⁴.

Die Einordnung der vorliegenden Arbeit in die historische politische Kulturforschung liegt nahe. Gerade in Wahlkampfzeiten lassen sich „anhand von programmatischen Offerten, Werbemitteln und -methoden in exemplarischer Weise Strategien der Politikvermittlung zwischen der Führungsebene und dem Bürger studieren“⁵. Wahlkämpfe können auch in der historischen Betrachtung als „sinnfälligster Ausdruck von politischer Kultur [gelten], da sie Aufschluss über ideologische und Interessenpolitische Fragen, über Kräftekonstellationen, das Verhältnis der Parteien zueinander und über ihre Stellung zum Gesamtsystem geben“⁶. Von einer Untersuchung der Identifikations- und Abgrenzungsstrategien der Parteien im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 versprechen sich die Historiker Elfi Bendikat und Detlef Lehnert einen relevanten Erkenntnisgewinn. Sie beschränken ihre Aussagen auf jene politischen Teilkulturen, „die unmittelbar um eine kandidierende Partei gruppiert waren und zugleich in der öffentlichen Meinung mit repräsentativen Publikationsorganen auftraten“⁷. Anhand der Weimarer Reichstagswahlkämpfe kann, so die Ausgangsüberlegung der vorliegenden Arbeit, die Fragmentierung der politischen Kultur der Weimarer Republik wie in einem Brennspiegel festgestellt werden.

Der Stellenwert von Wahlkämpfen innerhalb eines politischen Systems ist abhängig von dessen verfassungs- und wahlrechtlicher Struktur. Als Teil der Öffentlichkeit sind sie wichtige Ereignisse der politischen Massenkommunikation, denen eine große Bedeutung bezüglich Meinungsbildender Deutungs- und Handlungsmuster in demokratischen Staaten zukommt. Moderne Wahlkämpfe sind Zeiten verschärfter Auseinandersetzung von Parteien um die Zustimmung der Bevölkerung und politische Macht. Sie sind periodisch wiederkehrende Phasen erhöhter Politikvermittlung (von Seiten der Parteien) sowie der Politikwahrnehmung (von Seiten des Wählers)⁸. Jede Arbeit über Wahlkämpfe muss in Rechnung stellen, dass es sich um Ausnahmesituationen des politischen

Kampfes handelt, nicht zuletzt deshalb schon, weil die Machtstellung der Parteien zur Disposition steht. Der dadurch erhöhte Konkurrenzdruck fördert wiederum die Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung und damit geradezu zwangsläufig das Auftreten von Irrationalismen⁹.

Die Wahlforschung stellt einen „Kernbereich politischer Kultur demokratisch verfasster Systeme“¹⁰ dar. Abgesehen von der Motivationsforschung, die für die Geschichtswissenschaft uninteressant sei, da sie erst mit den Mitteln der modernen Demoskopie Sinn mache, geht Peter Steinbach von drei Typen der historischen Wahlforschung aus: der Wahlkampfbeschreibung und -analyse, der wahlstatistischen Untersuchung sowie dem sozial-ökologischen Ansatz. Hinsichtlich der Weimarer Zeit liege der Eigenwert von Wahlkampfbeschreibungen nicht zuletzt darin, dass der Historiker etwa bei Analysen des nationalsozialistischen Wählerpotenzials nach 1929 „viel weniger auf Vermutungen angewiesen wäre, wenn wir etwa den Wahlkampf nicht nur der NSDAP, sondern aller bürgerlichen und sozialistischen Parteien überblicken können“¹¹. Unbestritten ist, „dass nur mithilfe der historischen Wahlforschung Fragen eines Zusammenhanges zwischen sozialem Wandel, gesellschaftlicher Demokratisierung und einer Formverwandlung der politischen Stile – von der Honoratiorenpolitik zur parteiengeprägten Fundamentalpolitisierung – anschaulich und vergleichsweise schlüssig beantwortet werden können“¹².

Daran anknüpfend, fordert der Wahlforscher Thomas Kühne die Untersuchung historischer Wahlkämpfe ausdrücklich in einem breiten politisch-kulturellen Kontext. So fasst Kühne unter den Begriff „Wahlkultur“ diejenigen Arbeiten zusammen, „die nicht so sehr nach dem ‚Warum‘ der Wahlentscheidungen (also ihren im weiteren Sinne soziologischen Motiven und Gründen) fragen, als vielmehr auf das ‚Wie‘ der Wahlkonflikte, auf die ihnen und ihrer Austragung zugrunde liegenden Konflikt- und Konfliktlösungsmuster abheben“¹³. Im Zentrum der Erforschung von Wahlkulturen stehe also „die Frage nach dem bewussten oder unbewussten Konflikt- und Konsensverhalten der konkurrierenden Kräfte, Parteien, Kandidaten. Hierher gehören auch die Muster, nach denen Wahlthemen besetzt, Feindbilder inhaltlich aufgebaut und Konflikte kultiviert oder ritualisiert werden“¹⁴.

Jede Orientierung historischer Wahlforschung ist mit gleichartigen Problemen konfrontiert, die sich aus der Material- und Datenlage ergeben. Weil für die Zeit der Weimarer Republik repräsentative Individual-

daten fehlen, warnt gerade die wahlsoziologische Forschung bei der Präsentation ihrer Ergebnisse vor so genannten ökologischen Fehlschlüssen, das heißt dem einfachen Schluss von der Gebiets- auf die individuelle Wählerebene¹⁵. Der Zusammenhang und die Verknüpfung von Mikro- und Makroebene, das heißt der möglichst plausiblen Verbindung von Einzeldaten und gesamtgesellschaftlichen Aussagen, stellt allerdings ein zentrales Problem der historischen Wahlforschung sowie jeder politischen Kulturforschung dar¹⁶. Zu beachten ist der Einwand von Karl Rohe, den dieser in Bezug auf Peter Steinbachs dreibändige Geschichte über Wahlkämpfe der so genannten Reichsgründungsära 1867/71 bis 1881 formulierte, welche die „politischen Vorstellungen, Ziele und Kooperationsmöglichkeiten der verschiedenen politischen Bewegungen“¹⁷ untersuchen will. So interessant dieser Versuch sei, „über eine Auswertung von Wahlkampfargumentation und veröffentlichter Meinung Vorstellungsmuster und Interessen einer breiten Wählerschaft und deren Wandel in der Zeit zu erschließen, so notwendig ist es freilich zu betonen, dass wesentliche lebensweltliche Determinanten des Wahlverhaltens über die Analyse öffentlicher Medien in aller Regel nicht fassbar sind“¹⁸. Dagegen zählen Lehnert und Megerle gerade zu den Konstitutionsbedingungen historisch-politischer Kultur, dass diese „in veröffentlichter Meinung nicht als Durchschnittswert regionaler Messdaten hervortritt, sondern bevorzugt über die gesellschaftlichen Metropolen definiert werden kann“¹⁹. Außer den für den Ansatz der Wahlkampfbeschreibung aus nationaler Perspektive vorbildlichen Studien des britischen Nuffield-College will Steinbach die von dem amerikanischen Historiker Stein Rokkan aktualisierte Modernisierungstheorie in den Kontext der Wahlanalyse stellen, insofern Veränderungen der politischen Strukturen im Medium der Wahlkämpfe sichtbar würden²⁰.

Die Analyse von Wahlkampfinhalten aus nationaler Perspektive kann nur Sinn machen, wenn angenommen wird, dass trotz aller regionaler Differenzierung ein reichsweit gültiger, milieubedingter, sozialmoralischer Konsens zumindest innerhalb der jeweiligen politischen Teilstrukturen existierte. Wäre dieser nicht vorhanden, würden sich die divergierenden Elemente voneinander lösen, wie es etwa im Falle des bayerischen Zentrums oder der Abspaltung der KPD von der Sozialdemokratie nach 1918 geschah. Soziokulturelle lokale Sonderfaktoren sowie Fragen der binnennationalen Mentalitäts- und Verhaltensunterschiede – etwa zwischen dem Südwesten Deutschlands, Großstädten wie Hamburg und

dem ostelbischen Gebiet – lassen sich in der vorliegenden Arbeit nur streifen. Sie richtet vielmehr sowohl hinsichtlich der Fragestellung als auch der zugrunde gelegten Quellen den Blick „von oben“ auf die Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik. So bedeutsam das Gewicht der regionalen Verhältnissen und so prägend soziostrukturelle Sonderfaktoren vor Ort auch gewesen sein mögen: Die hier gewählte Methode bietet den „Vorteil, die Relevanz einzelner Fragen erkennen und durch die übergreifende Perspektive Großtrends aufzeigen zu können“²¹.

Grundsätzliche Aussage von regionalspezifischen Arbeiten über Wahlkämpfe und Wahlen der Weimarer Zeit – zumeist basierend auf einer Auswertung der lokalen Presse – ist zudem, dass sich die Reichstagswahlkämpfe in dem betreffenden Gebiet nur wenig von den Vorgängen in anderen Teilen Deutschlands unterschieden haben. Auch Elfi Bendikat und Detlef Lehnert stellen in Bezug auf den Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 bei der Kontrolle möglicher Regionaleffekte „keine erwähnenswerten Nuancierungen“ hinsichtlich der Propagandainhalte innerhalb der jeweiligen politischen Teilkulturen fest²².

In den Wahlkampfrichtlinien der Weimarer Parteizentralen finden sich freilich immer wieder Hinweise, wie die Propaganda unter Berücksichtigung der spezifischen regionalen und lokalen Verhältnissen zu gestalten sei. Immerhin legten die zentralen Parteiaufrufe wesentliche inhaltliche Akzente fest und ließen sich auf das Reich bezogen „für die gesamte Wahlagitation bestimmte Richtlinien aufstellen, die bei der Agitation mit Rücksicht auf die inner- und außenpolitische Entwicklung nicht außer acht gelassen werden dürfen“²³. Betrachtet man die **regionale Differenzierung in Reichstagswahlkämpfen**, so ist die Sonderstellung kaum zu übersehen, die Berlin innerhalb der politisch-kulturellen Landschaft der Weimarer Republik einnahm. Die Propaganda und das Organisationsleben der Weimarer Parteien orientierten sich in starkem Maß an den Verhältnissen in der Reichshauptstadt, ein Umstand, der auch bei der inhaltlichen Analyse ihrer Wahlpropaganda stets mitgedacht werden muss. Gerade in Wahlzeiten stand der „Kampf um Berlin“ im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, nicht zuletzt weil, so der *Vorwärts*, es auch in einer Demokratie nicht gleichgültig sei, „wie die Hauptstadt fühlt und denkt“. Ihr „politisches Fluidum“ wirke sich unmittelbar auf die hier ansässigen Reichsbehörden und Parlamente aus, so dass die Stellungnahme der hauptstädtischen Bevölkerung nicht selten indirekt die politischen Entscheidungen beeinflusse: „Wenn die große Wahl-

schlacht [vom 4. Mai 1924] geschlagen ist, wird die erste Frage Deutschlands und des Auslandes lauten: „Wie hat Berlin gewählt?“²⁴.

Es ließe sich bei der hohen Kontinuität, die das deutsche Parteiensystem im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik bewies, vermuten, dass auch die Wahlkämpfe keinem wesentlichen Stil- und Methodenwandel unterlagen²⁵. Ein Leitmotiv der vorliegenden Arbeit bildet daher der Frage, ob und wie sich in den relativen Stabilisierungsjahren nach 1924 die Erscheinungsformen sowie der politische Stellenwert der Wahlkämpfe qualitativ veränderten haben. Während ihr Ausgang für die tatsächliche Politik mehr und mehr bedeutungslos wurde, gilt in Bezug auf die Spätphase der Weimarer Republik das Wort von Hans Mommsen, dass Wahlkämpfe zu bloßen Anlässen herabsanken, „um den Privatarmeen von links und rechts Gelegenheit zu verschaffen, ihre potenzielle Macht unter Beweis zu stellen“²⁶. Für die Wahlen des Jahres 1932 reklamiert Mommsen daher einen neuen Wahlkampfstil, bei dem „die programmatischen Aussagen der Parteien gegenüber plakativen und pauschalen Polemiken“ zurücktraten²⁷.

Hervorstechendster äußerer Unterschied zwischen heutigen Wahlkämpfen und denen der Weimarer Zeit ist vielleicht die Verlagerung des Geschehens von der Straße auf den häuslichen Fernsehbildschirm. Gerhard Paul spricht für die Zeit nach 1918 von einer „Funktionalisierung der Straße als öffentlichem politischem Kommunikationsraum“ vor allem durch die aufblühende Bildpropaganda: „Wahlkämpfe wurden zu Plakatschlachten, in denen eine nie zuvor und nie wieder in der deutschen Geschichte erreichte, äußerst differenzierte politische Bildersprache entstand, die politische Deutungen von Vergangenheit und Gegenwart, Zukunftsängste und Utopien, in publikumswirksame, parteispezifische ikonische Zeichen, Symbole und Parolen transformierte“²⁸. Reichstagswahlkämpfe drängten das sonstige politische Leben der Weimarer Republik völlig in den Hintergrund – bis hin zu einer „Art Stillstand der Staatsgeschäfte“²⁹.

In neuerer Zeit geraten Wahlkämpfe und ihre Inhalte, die bislang hauptsächlich im Rahmen der Parteiengeschichtsschreibung behandelt wurden, stärker ins Blickfeld der historischen Wahlforschung. In dem guten Forschungsstand der Parteiengeschichte des Deutschen Kaiserreichs sowie immer mehr auch der Weimarer Republik ist jedoch ebenso wenig ein Ersatz für die Wahlkampfhistoriographie zu sehen wie in der regionalen Wahlhistorie³⁰. Die von Peter Steinbach sowie einigen

amerikanischen Historikern belebte Forschung zur Wahlpolitik im Kaiserreich konzentriert sich auf die inhaltlichen Seiten der Reichstagswahlkämpfe, auf die Themen und Programme sowie auf die Feind- und Selbstbilder der Parteien. Zentrale, übergeordnete Fragestellungen gelten der Fundamentalpolitisierung der Bevölkerung und der Nationalisierung der deutschen Politik.

Die vergleichende Studie von Elfi Bendikat über nationale Wahlkämpfe in Deutschland, Frankreich und England am Ende des 19. Jahrhunderts richtet dagegen ihr Hauptaugenmerk auf die Politikstile der Parteien. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Wahlwerbung in den drei Ländern durch die wachsende Konkurrenz auf dem „politischen Massenmarkt“ strukturell ähnliche Agitationsstrategien annahm. Die deutschen Parteien zeichneten sich dabei im internationalen Vergleich „durch eine besonders ausgeprägte Bereitschaft zur sozialen und politischen Selbstbildpflege, durch eine besondere multifrontale Konfliktorientierung und Reduktionsneigung sowie durch den aggressiven Einsatz ideologischer Stereotypen“ aus³¹. Nimmt man zu den Arbeiten von Steinbach und Bendikat noch die ältere Monographie von George Dunlap Crothers, der bereits 1947 eine „study of chances in public sentiment with regard to certain ‚national‘ questions and policies“ vorlegte³², und die Arbeit von Jürgen Bertram über die Reichstagswahl von 1907 beziehungsweise 1912 sowie die Studie von Brett Fairbairn über die von 1898 und 1903 hinzu, lässt sich sagen, dass für das Kaiserreich die von Steinbach geforderten „nationalen Messlatten“ vorliegen, anhand derer mögliche Regionaleffekte in den Reichstagswahlkämpfen festgestellt werden können³³.

Für die Zeit der Weimarer Republik – immerhin „einer der am besten erforschten Abschnitte der deutschen Geschichte“³⁴ – existieren dagegen bislang keine vergleichbaren Forschungen. Die Reichstagswahlkämpfe nach 1918 werden in den allgemein- beziehungsweise parteiengeschichtlichen Darstellungen bislang nur beiläufig behandelt, hauptsächlich unter sich zum Teil überlappenden Gesichtspunkten wie dem der Brutalisierung von Politik oder der Frage nach politischer Gewalt sowie in Arbeiten zur Parteipropaganda. Abgesehen von Studien mit regionalem beziehungsweise lokalem Schwerpunkt – stellvertretend für die ältere Forschung sei die Dissertation von Günther Mick über Wahlen in der Stadt Trier zwischen 1918 und 1933 genannt –, kann sich eine Untersuchung der Reichstagswahlkämpfe von 1924 bis 1930 auf keine spezifischen und systematischen Vorarbeiten stützen, obwohl die Ge-

schichte der Weimarer Republik mitunter als eine Geschichte permanenter Wahlkämpfe und speziell ihre letzten Jahre als eine „endlose Kampagne“ beschrieben werden³⁵. Zu Recht sprechen Elfi Bendikat und Detlef Lehnert von einer „Vernachlässigung der Weimarer Reichstagswahlen als politikhistorische Quelle der kollektiven Mentalitäten“. Dies sei „um so erstaunlicher, als im konkurrenzdemokratischen Werben um die Stimmen auf dem ‚politischen Massenmarkt‘ geradezu idealtypisch“ die Interdependenz der verschiedenen Ebenen eines Forschungsansatzes zur Politischen Kultur sichtbar werde³⁶.

Auch die nationalsozialistischen Wahlkämpfe wurden bislang trotz einiger Teilstudien noch nicht einer qualitativen Interpretation unter politisch-kulturellen Aspekten unterzogen. Auf der Basis von Aufsätzen, Denkschriften und Rundschreiben und Propagandamedien sowie vor allem der Plakate stellt Gerhard Paul immerhin die visuellen Deutungs- und Agitationsmuster dar, die das „Drehbuch der wichtigsten Wahlkämpfe der NSDAP“ von 1928 bis 1933 bestimmten³⁷. Ein Manko der vorliegenden Arbeiten zu Parteien und Wahlen in der Weimarer Republik ist aber, dass sie entweder hinsichtlich der Zahl der untersuchten Parteien oder eben regional eingegrenzt sind. Schon nur ganz allgemeine Informationen über die Wahlkampfpropaganda etwa der liberalen und katholischen Parteien, geschweige denn der zahlreichen Weimarer Klein- und Interessenparteien, aus der Literatur erhalten zu wollen, erweist sich als langwierige Sucharbeit oder ist von vornherein aussichtslos. Eine neuere Darstellung zur Politik des Zentrums in den Jahren von 1924 bis 1930 schenkt allerdings der Wahlkampfpraxis der Partei ausdrücklich große Beachtung³⁸.

Abgesehen von zwei älteren amerikanischen Dissertationen über die Reichstagswahl von 1928 beziehungsweise 1930³⁹ ist die bislang einzige Spezialstudie, die einen Reichstagswahlkampf in der Weimarer Republik aus nationaler Perspektive analysiert, der bereits zitierte Aufsatz von Elfi Bendikat und Detlef Lehnert, der 1990 im Rahmen des Berliner Forschungsprojektes zur politischen Kultur der Weimarer Republik erschien. Im Unterschied zur regionalspezifisch oder lokalhistorisch orientierten Wahl- und Parteienforschung untersuchen sie den Reichstagswahlkampf vor dem 4. Mai 1924 explizit hinsichtlich politisch-kultureller Fragestellungen. Nach einer einführenden Skizze der politischen Rahmenbedingungen 1923/24 behandelt ihre Studie die „zentralen Themenfeldern des Selbstverständnisses und der Auseinandersetzungen von parteipoliti-

schen Teilkulturen“, wobei tagespolitische Einzelaspekte gegenüber den „grundsätzlichen Wertorientierungen, Leit- und Feindbildern“ der Parteien in den Hintergrund gerückt werden. Besondere Abschnitte gelten den zentralen Wahlaufufen, den außen- und innenpolitischen Grundsatzkonflikten, dem Einsatz von politischen Stereotypen und Feindbildern – das „ideologische und soziale Profil der Parteiargumentation“ –, während am Schluss des mit Wahlplakaten, politischen Karikaturen und Zeitungsausschnitten illustrierten Aufsatzes der sich bereits im Frühjahr 1924 ankündigende „Weg zum ‚negativen Konsens‘ der antirepublikanischen Sammlung“ beschrieben wird⁴⁰.

Abseits solcher theoriebewegter Forschung zur historisch-politischen Kultur wurden jüngst zwei Bonner Dissertationen veröffentlicht, welche ebenfalls die Wahlkampfpropaganda der Weimarer Parteien zum Gegenstand haben. Florian Stadel geht quellenmäßig ähnliche Wege wie Bendikat und Lehnert, indem er die Reichstagswahlen von 1930 und 1932 sowie die Wahl zum preußischen Landtag 1932 im Spiegel der richtungspolitischen überregionalen Tageszeitungen beschreibt. Allerdings will er die „Eigenheiten der einzelnen Blätter, ihre jeweilige Argumentationsführung [...] in ihrer ganzen Subjektivität“ mehr oder weniger unkommentiert stehen lassen⁴¹. Peter Staatz wiederum sieht seine Hauptaufgabe darin, „darzulegen, wie die Parteien [des Kreises Düren bei Köln] selbst sich dem Wähler präsentierten, mit welcher Propaganda die Parteien an die Wähler herantraten“⁴². Jedes Kapitel der von ihm untersuchten Reichs- und Landtagswahlen von 1918 bis 1933 schildert sowohl den Wahlkampfablauf, die regionalspezifischen Parolen jeder Parteien sowie ihre jeweiligen Hauptgegner und Zielgruppen.

In der vorliegenden Arbeit werden die Reichstagswahlkämpfe in der Weimarer Republik während der Phase der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1930 dargestellt und hinsichtlich der oben angesprochenen Fragestellungen analysiert. Weder kann eine quantifizierende Wahlergebnisanalyse noch eine Wirkungsanalyse der Propagandamedien, noch ein Beitrag zur Erklärung des Wählerverhaltens geleistet werden. Im Anschluss an die Wahlkampfhistoriographie gilt das Hauptaugenmerk vielmehr der Frage, ob sich in den untersuchten Reichstagswahlkämpfen politische Deutungs- und Handlungsmuster über die Grenzen der wichtigsten Parteien beziehungsweise Teilkulturen hinweg als durchschlagend erweisen konnten.

Zwischen 1924 und 1930 akkumulierte sich das politische Widerspruchspotenzial, an dem die Weimarer Republik Anfang der 1930er-Jahre scheiterte. Mit Michael Stürmer lässt sich behaupten, dass die Mittelphase für historisch-politische Untersuchungen dadurch an Bedeutung gewinnt, dass hier bei Abwesenheit gravierender äußerer Druck- oder Störfaktoren die Eigengesetzlichkeit der politischen Gestalt der Republik – ebenso wie auf kulturellem Gebiet – stärker hervortrat als in der vergleichsweise besser erforschten Anfangs- oder Endphase⁴³. Zu Recht betont die Weimar-Forschung heute allerdings die Scheinstabilität während der „goldenen 20er-Jahre“. Was die Jahre zwischen 1924 und 1930 hervorhebt, war ein Rückgang der akuten Bedrohung im Innern, etwa durch extremistische Umsturzversuche, und von außen, etwa durch Sanktionsmaßnahmen der Alliierten. Nicht zuletzt aber die Wirtschaft war während des Jahrfünfts nach dem Krisenjahr 1923, das die extreme Zuspitzung von durchgängigen Weimarer Problemlagen gebracht hatte, alles andere als stabil: „Ein Blick auf die Innenpolitik der Jahre 1924 bis 1930 zeigt ein höchst uneinheitliches Bild von Stabilisierungsbemühungen und Obstruktion, von Ansätzen republikanischer Legitimität und von Verächtlichmachung der neuen Ordnung um jeden Preis, von der Suche nach Mechanismen politischer Entscheidungsfindung zwischen Verfassungskonstruktion, Wählerwillen und manipulativer Öffnung des Weges in einen anderen Staat“⁴⁴.

Die Darstellung und Analyse der Propaganda sowie der Programme der politischen Parteien für die Wahlen zum Deutschen Reichstag am 4. Mai 1924, am 7. Dezember 1924, am 20. Mai 1928 und am 14. September 1930 geschieht in erster Linie auf der Grundlage archivalischer Quellen sowie zweitens der überregionalen Tages- und Parteipresse. Da aus der Weimarer Zeit weder Meinungsumfragen noch demoskopische Datensätze vorliegen, ist die historische Wahlkampfforschung wesentlich auf solche publizistischen Quellen angewiesen, die „von im weitesten Sinne Deutungsexperten – Journalisten, Politikern, Schriftstellern – produziert wurden, weswegen von den Eigenschaften des analysierten Materials nicht umstandslos auf die politischen Vorstellungen des Publikums geschlossen werden kann“⁴⁵.

Die vorliegende Arbeit besteht aus zwei gleichberechtigten Hauptteilen, in denen verkürzt gesagt einmal die technische und zweitens die inhaltliche Seite der Reichstagswahlkämpfe beleuchtet wird. Quellenbasis für den zweiten Teil bildet das oft als „Graue Literatur“ der politischen

Werbung bezeichnete propagandistische Schriftgut, im wesentlichen knapp 1 600 thematisch verschiedene Wahlflugblätter der Weimarer Parteien. Bei diesen handelt es sich keineswegs um die Zahl aller damals produzierten „fliegenden Blätter“, sondern nur um die heute in den großen staatlichen Archiven Deutschlands überlieferten Stücke. Da der Grad der Repräsentativität von Wahlflugblättern der Weimarer Parteien nicht mehr festzustellen ist, musste versucht werden, die Validität der Aussagen durch die Breite der Materialbasis zu sichern. Zurückgegriffen wurde im Wesentlichen auf die umfangreichen Bestände des Bundesarchivs in Koblenz und Potsdam, der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart sowie der Parteiarchive, vor allem dem Bonner Archiv der sozialen Demokratie und dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin⁴⁶.

Zu beachten ist, dass ein großer Teil der Flugblätter anlässlich von Reichstagswahlen auf regionaler und lokaler Parteiebene hergestellt und auch redaktionell verantwortet wurde. In den Archiven finden sich die Wahlflugblätter meist bunt durcheinander gewürfelt und weder nach Ort, Datum oder Parteiinstanz beziehungsweise -bezirk geordnet. Es blieben aber nur solche Flugblätter in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt, die einen deutlich erkennbaren Bezug auf ausschließlich örtlich interessante Sachverhalte aufwiesen. Bei ihnen bildete die Reichstagswahl oft nur den äußeren Aufhänger zur Vermittlung lokalspezifischer Themen.

Bezüglich der zweiten Hauptquellengruppe, der überregionalen Tages- und Parteipresse, ist anzumerken, dass der Presseberichterstattung als historische Quelle lange Zeit in der Historikerzunft skeptisch begegnet wurde. Doch waren die Tageszeitungen innerhalb der Weimarer Publizistik nicht nur die „führenden politischen Nachrichten-Übermittler“⁴⁷, sondern auch ein in heute kaum mehr vorstellbarem Ausmaß genutztes Forum direkter parteipolitischer Propaganda. Gerade für die historische Wahlkampfforschung bilden sie daher eine wichtige Quellengruppe. Die Tagespresse kann geradezu als das Medium gelten, durch das „die ‚Meinungen in der Öffentlichkeit‘ zur ‚öffentlichen Meinung‘“ wurden, „zumindest in Formierungsbereichen nationaler politischer Kultur“⁴⁸.

Die Untersuchung der organisatorischen Seite von Wahlkämpfen leidet wie die Weimarer Parteiengeschichte generell unter dem Verlust unmittelbarer Parteiakten auf allen Ebenen⁴⁹. Anhand der wenigen überlieferten Rundschreiben der Parteiführungen sowie vor allem der Berichterstattung in der überregionalen Tages- und Richtungspresse wird

zunächst schwerpunktmäßig für jede Wahl neben den wichtigsten Daten auch die allgemeine Wahlkampfatmosphäre unter spezieller Berücksichtigung des Faktors der politischen Gewalt rekonstruiert. Dann wird dem Verhältnis der einzelnen Weimarer Parteien zur Institution Wahlkampf nachgegangen und werden Beispiele ihrer konkreten Wahlkampforganisation gegeben. Dabei stehen Fragen der Finanzierung, des unterschiedlichen Wahlkampfstils und der Wahlkampfplanung der Parteien im Vordergrund. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Spektrum und der praktischen Bedeutung von einzelnen Propagandamitteln und -methoden der Parteien. Die Abschnitte des zweiten Hauptteils sind nach einem einheitlichen Schema aufgebaut, wonach zunächst die Vorgeschichte der Wahl unter spezieller Berücksichtigung etwaiger Tendenzen bei den vorangegangenen Landtags- und Regionalwahlen skizziert wird. Dann folgt jeweils die inhaltsanalytische Darstellung der Wahlprogramme der Parteien im Spiegel ihrer Flugblattpropaganda. Die Reihenfolge richtet sich nach der Stimmenstärke bei der letzten Wahl, sodass die SPD stets zuerst behandelt wird, gefolgt von der DNVP, der zwischen 1924 und 1930 zweitstärksten Weimarer Partei. Jeder Abschnitt zu einer Partei ist thematisch untergliedert nach den Aspekten ihrer allgemeinen Wahlziele – unter besonderer Berücksichtigung koalitionspolitischer Bündnisoptionen – und Hauptthemen, der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der wichtigsten Selbst- und Feindbildern sowie schließlich den Hauptadressaten in der Wählerschaft beziehungsweise der Zielgruppenwerbung. Zum Schluss folgt jeweils eine knappe Darstellung des Wahlergebnisses, der wichtigsten Wählerbewegungen und Reaktionen auf die Wahl sowie eine Bewertung des Wahlkampfes.

Als **Wahlprogramm** wird das gesamte ideologische und soziale Profil der Parteiargumentation bezeichnet, für die wiederum der Einsatz von politischen Stereotypen und Topoi charakteristisch ist. Gegenüber dem offiziellen Parteitagsprogramm, das den Kompromiss eines längeren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses zwischen den Parteiflügeln darstellt und längerfristige, stärker dogmatische Ziele präsentiert, geben Wahlprogramme unmittelbarer und punktueller die Einstellungen und Strategien der Parteien wieder und sind aufgrund ihres Werbecharakters mit größerer Rücksicht auf Stimmungen in der Bevölkerung formuliert. Wie die längerfristig angelegten Parteiprogramme dienen Wahlprogramme aber auch dem innerparteilichen Frieden. Sie können anderswo fest geschriebene Ziele konkretisieren sowie taktisch oder zeit-

lich begrenzte Wendungen im Parteiverhalten dokumentieren. Obwohl die opportunistischen Versprechungen der Parteien ihren Programmen oft den Charakter von Warenhauskatalogen geben, sind Wechselwirkungen zwischen ihnen und den Werthaltungen und Deutungsmustern in der Bevölkerung eklatant. Bestes Beispiel hierfür ist das Erfurter Programm der SPD von 1891, das nicht nur das „Denken zumindest zweier Generationen von Sozialdemokraten nachhaltig geprägt und die Identität der Partei über eine lange Dauer“ geformt, sondern auch „die Ängste und Ressentiments großer Teile der neuen Mittelschichten, des alten Mittelstandes und der Bauern gesteigert und verfestigt“ hat⁵⁰.

Wahlprogramme ergaben sich aus der Summe verstreuter Stellungnahmen der Parteien während der Wahlzeit, vor allem aber aus den Aufrufen der Berliner Parteiführungen und den sonstigen publizistischen Kundgebungen sowie den Versamlungsreden. Letztere sind allerdings nur im Ausnahmefall gedruckt worden und bleiben deshalb in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt. Während Quellengruppen wie etwa die Polizeiberichte von Versamlungen der Parteien aufgrund ihrer vom Thema wegführenden Entstehungsintention nicht herangezogen wurden, können auch die ausgewerteten Wahlkampfmaterialien der Parteien ebenso wie etwa Parlamentsdebatten oder biographische Zeugnisse keinen Anspruch auf Repräsentativität im Sinne von Umfragen erheben. Die Tagebücher oder Erinnerungen von Weimarer Parteipolitikern eignen sich allenfalls, um den Wahlkampf als öffentliches Spektakel zu begreifen. Wenig informativ ist etwa das Tagebuch von Joseph Goebbels, der meist nur selbstmitleidig über die persönlichen Strapazen der Wahlkämpfe reflektiert. Die Parteigeschichte von Werner Stephan, der als Generalsekretär der DDP bis 1929 an führender Position das Wahlkampfmanagement seiner Partei gestaltete, stellt allerdings eine für die vorliegende Arbeit interessante Ausnahme dar, insofern sie detailliert die parteiinterne Willensbildung sowie Kandidatenkämpfe vor den Wahlen zu schildern weiß. Prägnante Stimmungsbilder lassen sich nicht zuletzt der umfangreichen zeitgeschichtlichen Literatur entnehmen, deren herausragende Vertreter wie Oskar Maria Graf oder Alfred Döblin immer wieder auf das Thema Wahlkampf zu sprechen kommen.

Aus der **Weimarer Presselandschaft** hat sich ein Kanon von überregionalen Tageszeitungen herauskristallisiert, der als repräsentativ für die wichtigsten politischen Teilkulturen gelten kann. Im Zeitraum von ungefähr drei Monaten vor jeder Reichstagswahl wurden daher für die

DDP die ihr nahe stehenden und in Berlin erscheinenden, aber überregional beachteten Zeitungen *Berliner Tageblatt* und *Vossische Zeitung* ausgewertet, die mit Auflagen von bis zu 300 000 beziehungsweise 80 000 Stück eine zentrale Stellung im liberalen Pressespektrum der 1920er-Jahre einnahmen. Beide erschienen zweimal täglich, sonntags und montags jedoch nur einmal, von der *Vossischen* gab es ab Dezember 1924 zudem eine tägliche Reichsausgabe⁵¹. Die *Frankfurter Zeitung* bildete mit etwa 150 000 Kopien das „traditionelle Organ der außerpreussischen Demokraten“, das statt der ursprünglich drei täglichen Ausgaben ab August 1930 infolge von Sparmaßnahmen des Verlages nur noch mit einer Reichsausgabe in einer Auflage von 80 000 Stück erschien⁵². Als offizielles Sprachrohr der in Berlin sitzenden Parteiführung und vor allem der Reichstagsfraktion des Zentrums konnte die Tageszeitung *Germania* gelten. Da sie großen Einfluss auf die reichspolitische Linie der katholischen Partei ausübte⁵³, wurde sie deren anderen Organen hier vorgezogen, auch wenn das Zentrum seine Hauptstützpunkte eher im Westen des Reiches sowie vor allem im Rheinland besaß. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* wurde ausgewertet, um das in den maßgeblichen Industrie- und Wirtschaftskreisen lange Zeit tonangebende Segment der politischen Kultur der Weimarer Republik einzubeziehen. Als Nachfolgerin der halboffiziellen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* des Kaiserreiches nahm sie meist den Standpunkt des rechten schwerindustriellen Flügels der DVP ein, der grundsätzlich mehr zur DNVP als zur bürgerlichen Mitte tendierte. Vor Wahlen enthielt sich das Blatt, das 1927 durch Vermittlung von Stresemann in den Besitz eines Konsortiums von Ruhrindustriellen und Berliner Großbanken überging, weit gehend der direkten parteipolitischen Agitation, rief aber stets unmissverständlich gegen die „rote Gefahr“ auf⁵⁴. Um die offizielle Politik der DVP abzubilden, wurde zusätzlich das Parteiorgan *Nationalliberale Correspondenz* herangezogen.

Die antirepublikanische, aber gouvernemental gesinnte Rechte der Weimarer Republik besaß ihre publizistische Plattform in der *Neuen Preussischen (Kreuz-) Zeitung*, die bis zu den Parteispaltungen 1929/30 linientreues Sprachrohr der DNVP war, danach aber auf Distanz zur neuen Hugenberg-Führung ging. Der *Völkische Beobachter*, seit 1920 das Organ der Münchener Reichsleitung der NSDAP, konnte sich von einer minimalen Auflage um 2 500 im Jahr 1923 auf gut 128 000 Exemplare im Jahr 1931 steigern. Als bedeutendstes „politisches Führungsmittel“ der Hitlerpartei, von dem seit 1927 eine zusätzliche Reichsausgabe erschien,

musste ihn jeder Parteifunktionär abonnieren⁵⁵. Neben Leitartikeln, welche die politische Linie der KPD erläuterten, enthielt deren in Berlin erscheinendes Zentralorgan *Rote Fahne* auch eine Vielzahl von Berichten über Massenaktionen der Partei, vor allem aus Berlin, ihrer mit Abstand wichtigsten Hochburg. Obwohl die Auflage der *Roten Fahne* bis 1932 auf 130 000 Exemplare stieg, besaß sie wie die gesamte Presse der KPD nur eine schwache Außenresonanz, sondern in erster Linie ein milieuspezifisches Publikum⁵⁶. Als Mitgliederblatt und bedeutendste Tageszeitung der SPD wurde schließlich deren Berliner Zentralorgan *Vorwärts* ausgewertet⁵⁷.

Während über historisch genetisch verwandte Medien wie den öffentlichen „Maueranschlägen“ beziehungsweise Plakaten, die sich als eigenständige Gattung von Bild-Text-Quellen erst im 19. Jahrhundert herausbildeten⁵⁸, eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten und Editionen vorliegt, führen **Flugblätter** in der Geschichtsschreibung immer noch ein Schattendasein. Obwohl ihre Bedeutung als publizistisches Massenkommunikationsmittel in den Epochen vor dem Internet- und Fernsehzeitalter kaum unterschätzt werden kann⁵⁹, hat sich dies bislang noch in keiner systematischen Untersuchung über diese Quellengruppe niedergeschlagen. Lediglich das „illustrierte Flugblatt“ der Reformations- und Barockzeit, sowie die spezielle Gruppe der Kriegsflugblätter erfreuen sich größeren Interesses. Dem Weimarer Zeitgenossen galten die Flugblätter hingegen als wichtigste Träger des „Werbefeldzuges“, den die Parteien zur Wahl der Nationalversammlung 1919 organisierten: „Die Zeiten hochgespannter Erregung sind stets ein günstiger Boden für diese Art der Ideenverbreitung gewesen. Die Menschen sind lesehungriger denn je. Sie wittern Sensation, hinter jedem Zettelverteiler. Aber die Technik des Flugblatts will auch erlernt sein“⁶⁰. In den millionenfach aufgelegten Flugblättern, der nach 1918 wichtigsten Kleinform argumentativer politischer Werbung, und sonstigem Propagandaschriftgut wurde das eigentliche Programm der Parteien anlässlich von Wahlen sichtbar⁶¹. Mit Frank Kämpfer kann daher zu Recht behauptet werden, dass die Wahlkämpfe der Weimarer Republik erst mithilfe der unzähligen Flugblätter und Plakate als darstellbar werden, „was sie wirklich gewesen sind, als leidenschaftliches Ringen um den richtigen Weg aus der Krise“⁶².

Grundsätzlich können Flugblatt und Flugschrift⁶³ als synonyme Bezeichnungen für eine Gruppe von Bild-Text-Quellen aufgefasst werden, die sich in erster Linie durch publikationstechnische, intentionalistische

und sprachstilistische Eigentümlichkeiten von anderen publizistischen Medien unterscheiden. Stets zu bedenken ist die Formenvielfalt des Flugblatts, die vom einfachen losen Blatt bis hin zur mehrseitigen Blätterfolge, vom bloßen Ankündigungszettel bis hin zum ausformulierten Programm reichen konnte. Der äußeren Form nach handelt es sich um ein- oder beidseitig bedruckte Papierblätter, die ein- oder mehrfach gefaltet, mitunter geheftet und sowohl schriftliche als auch bildliche Elemente beinhaltend, gedruckt, gestempelt, hektographiert oder handgeschrieben sein sowie in hoher Auflage oder in wenigen Exemplaren erscheinen können. Eine wichtige gattungstypische Eigenschaft der modernen politischen Flugblätter hängt mit ihrer vergleichsweise einfachen, schnellen und billigen Herstellungsweise zusammen, durch die sie sich in besonderen Maße als Kommunikationsmittel in Zeiten der gesellschaftlichen Krise oder in Phasen verschärfter politischer Auseinandersetzung wie eben vor Wahlen empfehlen. Neben den publikationstechnischen Merkmalen lassen sich Flugblätter aber auch durch innere Gestaltungsprinzipien und Formelemente von anderen publizistischen Schriftquellen abgrenzen. Die zumindest teilweise immer vorhandenen Komponenten des Flugblattes sind der Text, der die wichtigsten Aussagen enthält, die Adresse oder Parole, die den Empfänger oder die Zielgruppe nennt und meistens appellativen Schlagzeilencharakter besitzt, aber auch in Frageform auftreten, fett gedruckt sowohl visueller Blickfang als auch das Konzentrat der Aussage sein kann, sowie der mitunter verdeckte Sender beziehungsweise Verfasser. Bilder, Zeichnungen und Symbole gehören in ihren vielfältigen stilistischen Erscheinungsformen der Grafik, Malerei und Fotografie neben den Farben zu den wichtigsten Mitteln der Flugblattgestaltung, die das Interesse des Adressaten zu wecken und fesseln vermögen. Gerade für die organisierte Arbeiterbewegung mussten Flugblätter als „erste Form der sozialdemokratischen Literatur“, so ein Ausspruch Lenins, klar umrissenen Anforderungen genügen: Prägnanz im Ausdruck, sprachliche Ökonomie und Volkstümlichkeit, Leserlichkeit und Verständlichkeit bildeten elementare Voraussetzungen für ihre Wirkung⁶⁴.

Wenn auch berühmte Flugschriften wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“ oder die von Rosa Luxemburg verfassten „Junius-Briefe“ ihrer Intention nach auch für die Nachwelt geschrieben wurden, sind politische Flugblätter zumal in ihrer massenhaften Verbreitungsform kaum anders als schriftliche Überreste zu klassifizieren⁶⁵. Ihre Überlie-

ferung vollzieht sich bis in die Gegenwart hinein meist zufällig und verstreut auf zahlreiche staatliche oder private Sammlungen. Von der „Zettelflut“ vergangener Wahlkämpfe ist heute nur noch ein Bruchteil erhalten. Doch hat die unsystematische Überlieferungslage wenig Einfluss auf den Wert des politischen Flugblattes als Quelle für den Historiker. Er ist vor allem wie angesprochen in der Regulativfunktion dieses publizistischen Mittels zu sehen, in dem sich neben etablierten und ständigen Medieneinrichtungen der „öffentlichen Meinung“ im weitesten Sinne des Wortes eine Art gesellschaftlicher Gegenöffentlichkeit artikulieren kann⁶⁶.

Da es die vorliegende Arbeit in starkem Maße mit sprachlich-argumentativen Stereotypen von politischen Flugblättern zu tun hat, erscheint es sinnvoll, das eng damit verbundene **Phänomen „Propaganda“** begrifflich einzugrenzen⁶⁷. Ausgehend von der kommunikationstheoretischen Standardsituation mit Sender, Medium und Empfänger erscheint Propaganda als der Versuch, die Deutungs- und Handlungsmuster eines Empfängers durch die des Senders mithilfe verschiedener Medien zu beeinflussen, zu ändern oder im Extremfall sogar zu ersetzen. Im Anschluss an die moderne Theorie der politischen Sprache kann Propaganda als Manipulation mit dem Ziel der Beherrschung der öffentlichen Meinung und der Erringung von politischer Macht beschrieben werden. Darüber hinaus bezeichnet der Begriff in der vorliegenden Arbeit das Repertoire an Werbemitteln und -methoden, das in der politischen Parteienwerbung zur Verbreitung von Ideen und Programmen sowie zur Mobilisierung von Anhängern beziehungsweise Wählern eingesetzt wird.

Empirisch nachprüfbar und allgemeingültige Aussagen über die Wirkung von Propagandamedien sind allerdings selbst bei dem heutigen Stand der Massenkommunikations- und Meinungsforschung nur sehr beschränkt möglich. Alles in allem darf es in Bezug auf die Wirkung von politischer Propaganda als sicher gelten, dass ihre Rezeption in entscheidendem Maße von den äußeren sozialen Rahmenbedingungen und politischen Stimmungen im Wahlvolk abhängig ist. Psychologische, politische und wirtschaftliche Spannungen werden zweifelsohne die Bereitschaft der Konsumenten erhöhen, einem propagandistischen Appell – welcher Art auch immer – Interesse zu schenken. Bei Wahlflugblättern muss wie bei allen zeitgeschichtlichen Propagandaquellen zudem das Bestreben des Produzenten in Rechnung gestellt werden, eine Identität des Adressaten mit seinen Zielen dadurch herzustellen, dass er sich des-

sen Vorstellungen und Interessen opportunistisch und zum Teil gar auf Kosten eigener Positionen anpasst⁶⁸. Frank Kämpfer bezeichnet die „Scheininformation“, die gezielt manipulative Falschunterrichtung oder Tarnung, als methodisches Hauptproblem aller politischen Propagandaforschung⁶⁹.

Wie bei jedem parteipolitischen Agitationsmittel sind die Aussagen der durch die politische Sprache kompliziert verschlüsselten Flugblätter also eingedenk des für zeitgeschichtliche Quellen typischen Vorbehaltes ihrer ideologischen Bestimmtheit zu lesen. Eine exakte ideologiekritische Relativierung der Quellenaussagen kann die vorliegende Arbeit jedoch schon aus Platzgründen nicht leisten. Noch aussichtsloser wäre es gewesen, alle Irrtümer, Fehlbewertungen oder Lügen richtig stellen zu wollen, da sich dies Unterfangen am Wesen der Propaganda und ihrer suggestiven Verzerrung der Wirklichkeit schnell totgelaufen hätte. Jede politische Propaganda lebt von der Methode der qualitativen Reduktion, der extremen Realitätsverdichtung und Simplifizierung, die etwa Begriffe wie „Kapitalismus“, Worthülsen wie „Verrat“ oder Slogans wie „Arbeit und Brot“ kennzeichnet⁷⁰.

Die Analyse von Wahlflugblättern dürfte nicht zuletzt auch dadurch besonders wertvoll für den Historiker sein, dass sich hier im Konkurrenzkampf um Wählerstimmen die spezifischen Werbestrategien der Parteien gegenüber den einzelnen Bevölkerungsgruppen direkter als in anderen publizistischen Quellen offenbaren. Während die soziale und berufliche Schichtung der Wählerschaft der Weimarer Parteien aus Mangel an Datenmaterial weitgehend im Dunkeln bleiben muss⁷¹, erlaubt die Analyse der Flugblattpropaganda vor Reichstagswahlen nicht zuletzt Rückschlüsse darauf, in welchem sozialen Raum sich die Parteien selbst sahen oder bei welchen Wählergruppen sie sich die größten Chancen erhofften. Ein grundsätzliches Problem bei der Analyse solcher „Zielgruppen“-Werbung ist allerdings, dass die Parteien Wähler, deren Stimmen sie sich sicher glaubten, in der Regel oft gar nicht mehr oder nur eingeschränkt ansprachen. Die in einer verstärkten Werbung um Stammklientel sichtbare Verunsicherung kann andererseits bedeuten, dass sich die Partei aus dem offenen gesellschaftlichen Diskurs und Wettbewerb um Stimmenpotenziale zurückzieht und sich – wie etwa das Weimarer Zentrum nach 1928 – in ihrem angestammten sozialmoralischen Milieu „einigelt“.

Eine gleich den Adressatengruppen wichtige Untersuchungsebene bei der Analyse von Wahlpropaganda betrifft die Frage nach den Selbst- und Feindbildern, wobei hauptsächlich ihre Funktionsweise im politischen Kampf, nicht ihre Entstehung interessiert. In einem 1992 erschienenen Sammelband über Feindbilder in der Geschichte werden darunter bewusst weitgefasst „alle Informationen und Darstellungsformen [verstanden], die in dem zeitgenössischen Schrifttum eingesetzt werden, um den Gegner als einen Feind zu kennzeichnen“. Feindbilder können Aufschluss geben über „konstitutive Elemente des politischen Denkens, die den Publizisten selbst, aber auch dem von diesen angesprochenen Adressatenkreis eigen waren“⁷². Das Maß des Einsatzes von Feindbildern, die eine nicht unerhebliche Integrationskraft nach innen entwickeln, kann den Grad der Identitätssicherheit der politischen Parteien beziehungsweise Teilkulturen signalisieren. Elfi Bendikat definiert Feindbilder als „extreme Reduktionen der Wirklichkeit“, die auf dem „Prinzip des antithetischen Kontrasts zum positiven Eigenbild“ basieren. Bestehende politische Unterschiede werden dabei mittels der antagonistischen Trennformel von Gut und Böse zu fundamentalen Gegensätzen gesteigert. Jedes historisch relevantes Feindbildstereotyp zieht seine Wirkung aus der scheinbaren, allerdings verzerrten sowie milieu- und schichtenspezifischen Übereinstimmung mit realen Phänomenen und kann auf tief in der Mentalität der Bevölkerung verankerten Antipathien und Weltbildern beruhen. Parallel zu der Zunahme des politischen Partizipation der deutschen Bevölkerung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wuchsen den Feindbildern neue Wirkungsfelder zu, insofern mit ihnen nun „erfolgreich Politik gemacht und Wahlen entschieden“ werden konnten⁷³.

Kapitel 2

Politische Kultur, Parteien und Wahlkämpfe im Deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1914

Wahlkämpfe werden in erster Linie von politischen Parteien bestritten, die um politische Macht beziehungsweise um Mandate zur Durchsetzung ihrer Partikularziele ringen. In Deutschland bildeten sich solche institutionell verankerten Interessenvertretungen parallel mit dem Kampf um ein nationales Parlament heraus, was der Frankfurter Paulskirchenbewegung von 1848 entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems gibt. Im Parlamentarismus nach 1867/71 darf das Vorhandensein eines relativ fortschrittlichen Wahlrechts und der sich allmählich über das Reichsgebiet ausdehnenden Parteien – unter Beibehaltung ihrer regionalen Schwerpunkte und Hochburgen – nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihnen das politische System nicht gestattete, ihre eigentliche Funktion wahrzunehmen und zu einer „Durchpolitisierung privater Interessenbestrebungen und damit zu einer Mitverantwortung für die Gesamtheit“ vorzudringen⁷⁴. Die politische Kultur des frühen Bismarckreiches war noch wesentlich geprägt von den Traditionsüberhängen der deutschen Einzelstaaten. Nur langsam bildete sich nach 1867/71 aus „der Vielzahl regionalspezifischer, konfessioneller, sozialer und politisch-parteilicher Stimmungen und Strömungen eine neue Grundorientierung“ heraus. Schon während der Reichsgründungsära begannen die Parteien allerdings als „Elemente der realen Verfassung“ die autokratische Struktur des Kaiserreichs zumindest stellenweise zu durchlöchern⁷⁵. Länger und in stärkerem Maße als in anderen Ländern blieben die deutschen Parteien das, was sie der Herkunft und dem Selbstverständnis her waren, „Ideen- und Weltanschauungsparteien“, weshalb es in den Reichstagswahlkämpfen immer auch um „politi-

sche Glaubensbekenntnisse“ ging. Die dahinter wirkenden Tendenzen zum Absolutheitsanspruch und zur Verneinung eines Parteienpluralismus ließen Auseinandersetzungen über Programme außerordentlich brisant und Kompromisse schwierig, ja ehrenrührig erscheinen. Hinzu kam, „dass die Parteien ihre Basis in ganz bestimmten sozialkulturellen, sozialmoralischen Milieus fanden – dem katholischen, dem proletarischen, dem agrar-protestantisch-ostelbischen, dem (protestantisch)-städtisch-bürgerlichen“⁷⁶.

Mit der Entstehung einer politischen Partei der Arbeiterbewegung etablierte sich Mitte der 1870er-Jahre das Fünf-Parteien-System, das trotz gewisser Auflösungserscheinungen bis 1930 in seinen Grundzügen bestehen blieb. Neben der Sozialdemokratie sind vier weitere politische Richtungen zu unterscheiden: die Nationalliberalen, die Linksliberalen, die Konservativen und das Zentrum. Eine der Sozialdemokratie vergleichbare Subkultur, die ihre Angehörigen integrierte, aber gleichzeitig von Staat und Politik isolierte, stellte nur noch das katholische Milieu dar, das im Zentrum, dem zweiten „Reichsfeind“ der Bismarckära, seine politische Heimat fand⁷⁷. Abgesehen von der SPD blieben die deutschen Parteien im Grunde bis 1914 ohne feste Organisationsstrukturen, sondern existierten lediglich als Parlamentsfraktionen und waren ansonsten auf lokaler Ebene Vereinigungen von Honoratioren gleicher Weltanschauung. Der dürftigen organisatorischen Gliederung entsprach das sich nur in Wahlzeiten stärker entfaltende Parteileben. Auch die Wahlkomitees der Liberalen waren nur „ein lockerer, informeller und exklusiver Zusammenschluss von einigen wenigen begüterten und einflussreichen örtlichen Notablen, die im Persönlichen die Verbindung zwischen Wählern und Gewählten suchen“⁷⁸. Schon vor 1914 mussten sich jedoch die bürgerlichen Parteien der Herausforderung durch das Modell der Sozialdemokratie als einer durchorganisierten Mitgliederpartei stellen. Die wichtigsten Verschiebungen im Parteiensystem des Kaiserreichs wurden durch deren Aufstieg zur Massenbewegung vor allem der Industriearbeiterschaft ausgelöst. In erster Linie auf Kosten der liberalen Parteien steigerte sich die Sozialdemokratie von 3,2 Prozent in der ersten Reichstagswahl von 1871 zur mit 34,8 Prozent stärksten Partei Deutschlands im Jahr 1912, während die Wahlbeteiligung im gleichen Zeitraum von 51 auf fast 85 Prozent kletterte und auffälligstes Indiz für die Politisierung der deutschen Gesellschaft war. Bei der unmittelbaren, „relativ freien“⁷⁹ und geheimen Wahl aller Männer über 25 Jahre an Werk-

tagen wurden nicht Parteien und Listen, sondern Personen gewählt. Zwei Besonderheiten des absoluten Mehrheitswahlrechts vor 1914 seien hervorgehoben: zum einen die Möglichkeit der Stichwahlen zwischen den zwei Höchstplatzierten, die anfangs nur in wenig mehr als zehn Prozent, später dann infolge der Verschärfung der Wahlkämpfe in fast der Hälfte aller 397 Wahlkreise stattfanden⁸⁰, sowie zweitens die sich ständig steigenden Verzerrungen der Wahlkreisgrößen in Bezug auf die Einwohnerzahl. Beides wirkte sich zuungunsten der Sozialdemokraten aus, zumal die bürgerlichen Parteien in Stichwahlen meist siegreiche Bündnisse durch Absprachen in den Wahlkreisen – nach dem Do-ut-des-Prinzip – schlossen. Seltener kamen dagegen Abkommen bereits vor dem ersten Wahlgang zustande, am bekanntesten wohl das „Kartell“ der Regierungsparteien von 1887 oder der „Bülow-Block“ von 1907⁸¹.

Obwohl Bismarck mit der Einführung des allgemeinen gleichen Männerwahlrechts für die Wahl des Norddeutschen Reichstages 1867 – einer Zäsur der deutschen Parteiengeschichte – ihre Bedeutung entscheidend aufwertete, galten ihm Wahlkämpfe als „unzulässige folgeschwere Beeinflussung der Bevölkerung“⁸². Bismarcks Wahlrechtspolitik schuf aus heutiger Sicht überhaupt erst die Voraussetzungen für eine national ausgreifende Politisierung der deutschen Gesellschaft. Mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts entstand ein „politischer Massenmarkt“, auf dem nun neben der Regierung und den Behörden auch Parteien, Verbände und andere gesellschaftliche Institutionen wie die Kirchen um öffentliche Unterstützung für ihre Ziele warben. Wenn auch die Hoffnung trog, den „Parlamentarismus durch den Parlamentarismus“ besiegen zu können, wurden Reichstagswahlen dank Bismarcks „plebiszitärer Führungstechniken“ dennoch immer wieder zu triumphalen Sach- und sogar Personalplebisziten zugunsten der Reichsführung, wie vor allem die „Attentatswahlen“ von 1878 oder die „Septennatswahlen“ von 1887 belegen: „Neben dem zum Symbol gewordenen Kaiser spielte auch Bismarck in vielen Wahlkämpfen eine bedeutende Rolle, nicht zuletzt, weil es der Kanzler verstand, kunstvoll während der vorangehenden Legislaturperiode oder Sessionen jenen Knoten zu schürzen, der in der sich anschließenden Wahlkampfphase ein zündendes Thema abgab“⁸³. Weil die Regierung nun aber die Interessen und Vorstellungen von Parteien und Presse sowie die um 1890 einsetzende kontinuierliche Agitation durch Interessenverbände zu berücksichtigen hatte, sei es als Gegenspieler, sei es als umworbene Mitgestalter oder Sprachrohre, löste sich in der Rea-

lität der politischen Willensbildung die strikte Trennung von Staat und Gesellschaft mehr und mehr auf. „Die Geschichte der Wahlbewegungen im Kaiserreich ist somit eine Geschichte der innergesellschaftlichen Politisierung und Fragmentierung unter Einfluss und Mitwirkung der staatlichen Verwaltung“⁸⁴.

Diese von Steinbach im Anschluss an Stein Rokkan für die Zeit nach 1871 als „nation-building“ diagnostizierte Fundamentalpolitisierung, die das neue, mit der Reichsgründung entstandene politische System prägte, lässt sich zugleich beschreiben als eine in den Wahlkämpfen „spürbar werdende ‚Entregionalisierung‘ von Konfliktstrukturen und als Nationalisierung von Länder übergreifenden Entscheidungspositionen“⁸⁵. Zwar wirkten soziostrukturelle, konfessionelle und landeshistorische Disparitäten nach wie vor weiter und blieben die regionalen und lokalen Hochburgen der Parteien bestehen. Zum Abbau der regionalspezifischen Determinanten des deutschen Parteiensystems nach 1871 trug aber bei, dass das neue Reich seine eigenen Systemkonflikte stiftete. Der Kulturkampf, der Kampf gegen den Linksliberalismus als „Vorfrucht“ der Sozialdemokratie sowie schließlich die Auseinandersetzung mit diesen „Reichsfeinden“ selbst, die als „vaterlandslose Gesellen“ ausgegrenzt und in den Ruf der politischen Unzuverlässigkeit gestellt wurden – diese Stationen des „inneren Kampfkurses“ Bismarcks gewinnen für Steinbach geradezu den Charakter von „Meilensteinen nationaler Integration“, da sie regionalspezifische Merkmale abschliffen und ihre Übertragung in nationalstaatliche Strukturen politischer Konfrontation bewirkten⁸⁶.

Weil die Massenmobilisierung durch das allgemeine Wahlrecht von den Herrschaftseliten des Kaiserreichs zunehmend als Bedrohung empfunden wurde, versuchte die Reichsregierung zugleich, die Wahlbewegungen „in den Griff“ zu bekommen. Diese „Zähmung des politischen Massenmarktes und damit die Verlangsamung der Fundamentalpolitisierung“ sollte weitgehend gelingen⁸⁷, allerdings nicht ohne tiefe Spuren in der politischen Kultur Deutschlands zu hinterlassen: „Ablehnung des Parteienstaates und die Zähmung freier politischer Artikulation durch inszenierte Wahlkämpfe, die manchem Zeitgenossen geradezu als ein Wahlkampfinferno erschienen, reduzierten die stabilisierende Funktion von Wahlen, die Folge eines freien Spieles politischer Kräfte sind“⁸⁸. Am Ende der Bismarckzeit schien es, als ob die Reichsführung den „Trend einer Vergesellschaftung durch Parteien, Wahlen und Presse in einer Durchstaatlichung der Gesellschaft bremsen oder sogar auffangen

könnte“⁸⁹. Doch sollte sich gerade unter Wilhelm II. die „Ambivalenz der politischen Kultur“ des Kaiserreichs erst voll entfalten. Insbesondere die zweite Hälfte seiner Regierungszeit war einerseits durch Obrigkeitsstaat und Militarisierung der Gesellschaft, andererseits durch fortschreitende Politisierung, durch steigende Wahlbeteiligungsquoten, zunehmenden Einfluss des Parlaments und der Presse, wachsende Kritik an den vorkonstitutionellen preußischen Verhältnissen sowie stärkerer Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen geprägt. Die 1890er-Jahre können als eine Zäsur in der Entwicklung des deutschen Parteiwesens gelten, in der nicht nur die Gewerkschaften den Durchbruch zur Massenbewegung schafften, sondern auch die bürgerlichen Parteien unter dem Konkurrenzdruck der Sozialdemokratie ihre Organisationen ausbauten und sich „tendenziell von Honoratiorenparteien, die nur im Wahlkampf und im Parlament aktiv waren, zu permanent tätigen Massenparteien“ entwickelten⁹⁰.

Den Hintergrund bildeten der Wandel Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat, der Aufschwung der Massenpresse, die Intensivierung von kommerziellen Werbeformen sowie die Ausformung von wirtschaftlichen Interessenverbänden. Diese versuchten massiven Einfluss auf die Parteien auszuüben, was ihnen unter anderem über die Kandidatenauswahl bei Reichs- und Landtagswahlen immer mehr gelang, aber auch durch Finanzhilfen und die „Bereitstellung ihrer lokalen und regionalen Organisationen für Wahlkämpfe, sodass die Verbände den älteren Honoratiorenparteien vielfach den fehlenden Parteiapparat ersetzten“⁹¹. Die neuartige Massenpropaganda, populistische Strategien und Irrationalismen, die der liberalen Vorstellung von einer Wahlentscheidung „aus Einsicht“ widersprachen, sowie der vehemente Einsatz von Feindbildstereotypen wirkten sich politisch-kulturell aus, insofern sie die Parlamentsarbeit erschwerten und zu einer weiteren Erstarrung der Parteifronten führten. Die damit einhergehende Aushöhlung der politischen Verhaltensethik mündete schließlich – intensiviert durch das Weltkriegserlebnis – in die „Gewaltsamkeit des Politikstils der Weimarer Republik“⁹².

Nach der Reichstagsauflösung begannen die Parteien des Kaiserreichs in der Regel mit der Aufstellung der Kandidaten durch die dafür vorgesehenen Gremien wie den Wahlkomitees oder Vertrauensmännerversammlungen. War dies geschehen, lief der kaum zentral gesteuerte Wahlkampf in der Provinz meist nur sehr schleppend an, wobei sich die eigentliche Agitation unter den rigiden Vorschriften des Vereinsgesetzes

von 1850 im Abhalten von Wahlversammlungen, in der Flugblattpropaganda sowie in Zeitungsanzeigen erschöpfte. In manchen Kreisen fand der gesamte Wahlkampf vor 1914 mitunter ausschließlich in der Presse statt und genügte die Aufstellung des Kandidaten bereits zu seiner Wahl („Riviera-Wahlkreise“). Selbst in Berlin veränderte die Wahlpropaganda noch kaum das äußere Straßenbild, Demonstrationen blieben eine seltene Ausnahme, in der Anbringung von Plakaten waren die Parteien beschränkt, und an Werbemittel wie Filme konnten sie noch nicht denken⁹³. Eines Saalschutzes bei Versammlungen bedurfte es vor 1914 nicht, da die Parteien noch fast ausschließlich mit „geistigen Waffen“ kämpften und Handgreiflichkeiten zwischen politischen Gegnern in den weitgehend diszipliniert geführten Wahlkämpfen Seltenheitswert besaßen. Zu den Aufgaben der Parteien gehörte noch die Herstellung der Wahlstimmzettel, da nur Größe und Farbe des Papiers (weißgelblich) amtlich vorgeschrieben waren. Auch einheitliche amtliche Wahlurnen wurden erst per Gesetz vom Juli 1913 eingeführt, davor konnten auf dem Lande auch schon mal Suppenschüssel oder dergleichen Behälter benutzt werden. Am Wahltag selbst mussten die Parteien ihren gesamten Apparat mobilisieren, gab es doch allein in Berlin bei Reichstagswahlen nicht weniger als siebenhundert Wahllokale, vor denen je zwei Stimmzettelterteiler stehen und als letzte Instanz noch so viele Wähler wie möglich für die Partei werben sollten. Nachmittags ab 14 Uhr begann dann das „Schleppen“, das heißt die Ermahnung und Heranholung der säumigen Wähler, wobei unweigerlich auch Gegner an die Urne geschleppt wurden⁹⁴.

Die relative Begrenztheit der Werbemittel galt vor 1914 auch noch für die Sozialdemokratie, obwohl sie als erste Partei bereits neue Formen der Massenpropaganda einführte. Während des Sozialistengesetzes hatte die Sozialdemokratie den ihr eigenen Wahlkampfstil entwickelt, dessen konspirative Methoden zwar aufgezwungen waren, aber auch innovative Energien freisetzten. Inhaltlich gaben bereits die Wahlaufrufe des Berliner Parteivorstandes, die programmatischen Charakter und nicht selten einen Umfang von dreißig Seiten besaßen, Richtung und Tendenz des Wahlkampfes vor. Sozialdemokratische Wahlerfolge im Kaiserreich beruhten vor allem auf einer „generalstabsmäßig organisierten Beeinflussung jedes einzelnen Wählers mit einer Intensität, die die Anstrengungen der bürgerlichen Parteien weit in den Schatten stellte, auf der anderen Seite aber auch den Wahlhelfern schwere Lasten aufbürdete“⁹⁵. Spätestens nach der Reichstagswahl von 1907 besaß der „Ausbau einer

perfektionierten Wahlmaschine“ innerhalb der SPD allerhöchste Priorität⁹⁶. Über ihre Tendenz, sich in lassalleanischer Tradition auf den Ausbau ihrer „Stimmzettelmacht“ zu konzentrieren und andere Faktoren des politischen Lebens wie vor allem den Druck seitens außerparlamentarischer Interessengruppen zu vernachlässigen, wird noch zu sprechen sein⁹⁷.

In den 1870er-Jahren waren Reichstagswahlkämpfe auch bei scharfen inhaltlichen Kontroversen weder sehr lang noch sehr intensiv. Erst gegen Ende des Jahrzehnts begannen die Aktionen der Parteien etwas lebhafter zu werden, vor allem die der ohne Rückendeckung von Seiten der Bürokratie (wie die Konservativen) oder großen Vereinen (wie das Zentrum) ausgestatteten Liberalen. Mit der Zeit bildeten sich Zwischeninstanzen, doch blieben diese, auch aus vereinsrechtlichen Gründen, nur locker verbundenen Landes- oder Provinzialausschüsse zunächst ohne wesentlichen Einfluss auf die Politik: „Außerhalb der Wahlzeiten konnte von einer, gar kontinuierlichen, Aktivität dieser Parteiorgane‘ nicht eigentlich die Rede sein“⁹⁸. Als Folge der Pluralisierung, Ökonomisierung und Politisierung der Gesellschaft wurden aber spätestens mit der Jahrhundertwende die Grenzen zwischen den verschiedenen politisch-kulturellen Milieus durchlässiger und veränderte sich auch der politische Stil der Parteien, die sich mit populistischer Rhetorik den Erwartungen des Publikums anzupassen versuchten. Die Reichstagswahlkämpfe wurden unter steigendem Interesse der Bevölkerung länger und kostspieliger – so stiegen die Wahlkampfkosten einer Partei von etwa 1 000 Mark um 1880 auf durchschnittlich 25 000 Mark im Jahre 1912 pro Wahlkreis⁹⁹ –, es gab mehr Wahlpropaganda und Versammlungen, wobei die Mobilisierung der Massenanhängerschaft und die Wahlwerbung noch stärker Sache von Neben- und Sonderorganisationen wurde – kurz: „Aus den lässig und kurzfristig betriebenen Wahlkämpfen wurden planmäßige, langfristige, arbeits- und geldaufwändige Kampagnen“¹⁰⁰.

Zur Verbreitung der allgemein massenhafter gewordenen Wahlpropaganda nutzten die Parteien des Kaiserreichs bereits alle erdenklichen Wege, angefangen von der Wahlversammlung bis hin zur Straßen- und Hausagitation; auch auf die Post wurde zurückgegriffen, was sich besonders auf dem Land empfahl, wo die Organisationsstrukturen noch sehr schwach waren. Im Auftrage der Berliner Parteizentralen veröffentlichten die offiziellen Presseorgane Muster von Flugblättern und Plakaten, die den Wahlkreisorganisationen zum Kauf angeboten wurden. Bezüg-

lich der Herstellung des Materials gab es die Möglichkeit, es entweder von den zentralen Druckstellen zu beziehen, was den Vorteil hatte, dass sich durch die Großauflage die Kosten senkten, oder vor Ort selbst zu drucken. Wichtigstes Propagandamittel blieben die Versammlungen, während in den Druckschriften und der Presse noch das „belehrende“ und „aufklärerische“ Wort vorherrschte. Die Mehrzahl der Flugblätter brachte die Texte eng gedruckt in ein- oder zweispaltigem Satz, dessen Gleichförmigkeit selten durch Fett- oder Sperrdruck, Absätze oder größere Lettern aufgelockert wurde. Nur in einzelnen Fällen versuchten die Parteien etwa durch die Verwendung von Bildern schon dem Unterhaltungsbedürfnis der Wähler zu entsprechen: „Im ganzen betrachtet dürfte wohl der Wahlwerbung in der Vorkriegszeit – von den Flugblättern über die Presse bis zu den Wahlversammlungen –, verglichen mit späteren Jahren, erhöhte Bedeutung zuzumessen sein. Der Wähler war – zumindest außerhalb der Großstädte – von Reklameaktionen und Unterhaltungsmöglichkeiten noch nicht übersättigt und konnte daher von einer zielbewussten Propaganda besser angesprochen werden“¹⁰¹.

Bestimmendes inhaltliches Merkmal der Wahlkämpfe im Bismarckreich bildete die gouvernementale „Reichsfeind“-Agitation der Regierung, die laut Steinbach das Dilemma kennzeichnete, dass sie „zur wirksamen Entwicklung regierungsfreundlicher Entscheidungsdispositionen den inneren Gegner“ brauchte¹⁰². Bismarck führte die ersten Reichstagswahlkämpfe nach der Reichsgründung mithilfe des Regierungsapparates und nicht zuletzt der offiziellen Presse, noch relativ zurückhaltend¹⁰³. Nach den zwei Attentaten auf Wilhelm I. intensivierte der Reichskanzler aber 1878 seine Anstrengungen in einer Weise, dass jetzt „alles auf eine gewaltige Mobilisierung der Wähler und Nichtwähler hinauslief, dass er die Initiative hatte und alle anderen zu Reagierenden machte, die Parteien in den Hintergrund rückte und gegeneinander ausspielte, die Themen setzte, seinen – verbal gewalttätigen – Kampfstil zu Norm machte“¹⁰⁴. Der Wahlkampf war vor allem durch drei Themen geprägt: dem gouvernementalen Appell gegen die „rote Gefahr“, gegen den Sozialismus und die Gegner der bestehenden Ordnung, der Neuorientierung hin zu einer interventionistischen Wirtschafts- und Zollpolitik im Sinne einer Koalition für Schutzzölle sowie der Frage nach einer „neuen“ Politik der Verbände und der Regierung gegenüber den Parteien. Mit der innenpolitischen Wende von 1878/79, dem Ende der liberalen Phase und dem Sozialistengesetz hatte sich Bismarcks „Technik des inneren

Kampfkurses“ jedoch erschöpft. Nach der klaren Entscheidungsalternative der „Attentatswahlen“ von 1878 war der Verlust an zugkräftigen Themen und Gegnern offensichtlich. Der Reichskanzler musste neue innenpolitische Gegner suchen, welche die Wahlen im gouvernementalen Sinne „fruktifizieren“ konnten. Einen Ersatz bot für die Wahlbewegungen nach der „zweiten Reichsgründung“ der bereits in den Vorjahren latente Antisemitismus, der sich im Zuge der Reichstagswahlen von 1881 zu einem Massenphänomen ausweitete. Vor allem die Rechtsparteien setzten jetzt antisemitische Parolen zur Mobilisierung ihrer Wählerschaft ein, welcher der „Jude“ als Drahtzieher des Liberalismus und der Sozialisten sowie als Schuldiger für alle Übel präsentiert wurde. Viele Wähler ließen sich von diesem „Sozialismus des dummen Kerls“ (August Bebel) beeindrucken, der wie die Phobie gegen alles, was als „undeutsch“ galt, die folgenden Wahlkämpfe prägte¹⁰⁵. Bismarck griff auch in den Wahlen der 1880er-Jahren auf die „Methoden der Konfliktverschärfung, der Polarisierung des Gegeneinander-Ausspielens“ zurück, so beispielsweise 1887, als er aus wehrpolitischen Motiven versuchte, die Krise und Kriegshysterie anzuheizen, vor einer Verbindung äußerer und innerer Gefahrenherde warnte und den Meinungsunterschied wieder „zum Entweder/Oder zwischen Reichsfreunden und Reichsfeinden, Erhaltung des Reiches und Katastrophe“ steigerte¹⁰⁶. Weil der Reichskanzler damit ein Wahlbündnis der beiden konservativen Parteien mit den Nationalliberalen zustande brachte, das die absolute Mehrheit erzielte, wurden die Reichstagswahlen von 1887 bald auch „Kartellwahlen“ genannt.

Die Reichstagswahlkämpfe von 1898 und 1903 wurden unter fast ähnlichen politischen Ausgangsbedingungen und gleichartigen Fragestellungen geführt. Das vorrangige Thema der Regierung und aller bürgerlichen Parteien stellte beides Mal die rasant wachsende Sozialdemokratie dar, die den neuen Massenagitationsstil sowie einen egalitären Ansatz in der deutschen Politik symbolisierte. Trotz der Sammlungspolitik Miquels fehlte den Wahlen von 1898 und 1903 aber eine einheitliche Strategie seitens des gouvernementalen Lagers, sodass die Bühne frei war für die oppositionellen Massenparteien. Überragender Sieger war jeweils die SPD, die sich ganz auf die Propagierung ihrer angestammten sozialpolitischen Themen sowie auf die Verurteilung des Militarismus und der Aufrüstung, die Kritik des Steuersystems und Verteidigung des Reichstagswahlrechts konzentriert hatte. Brett Fairbairn gelangt zu dem Ergebnis, dass die Wahlkämpfe von 1898 und 1903 zeigen, wie die Wil-

helminische Gesellschaft eben nicht infolge etwaiger „vorindustrieller“ Strukturen und Traditionen stagnierte, sondern ihre Politisierung ebenso wie die Nationalisierung der Politik voranschritt¹⁰⁷.

Das Charakteristikum des nächsten Reichstagswahlkampfes von 1907 sieht Crothers in der breiten Zustimmung der deutschen Wähler für die imperialistische „Weltpolitik“ der Reichsführung, da Bülow's Appell an die patriotischen Gefühle mehr Anziehungskraft als jedes innenpolitische Thema der Opposition bewiesen habe¹⁰⁸. Die „nationalen“ Interessen einten nicht nur die gouvernementalen Parteien trotz unterschiedlicher Einzelziele, sondern bescherten den daran uninteressierten Sozialdemokraten eine erste Niederlage bei Reichstagswahlen. Ihre Gewinne von 1903 hatten die Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien und Bülow's „Blockpolitik“ entschieden den Rücken gestärkt. Unter Mitwirkung der Reichsregierung, die einen offensiven Wahlkampf wie zu Bismarck's Zeiten führte, kam es zu Wahlabsprachen gegen die SPD, fast durchgängig für die Stichwahlen, in kritischen Wahlkreisen mitunter auch schon bei den Hauptwahlen¹⁰⁹. Neben der Rechtfertigung der Reichstagsauflösung dominierte die imperialistische Kolonialpolitik den Wahlkampf, vor allem mit Blick auf Deutsch-Südwestafrika, dessen Unterstützung zu einer Frage der nationalen Zukunft Deutschlands stilisiert wurde – daher Bebel's Wort von den „Hottentottenwahlen“. Auffällig am Regierungswahlkampf war, dass unter der Parole „Los von Rom!“ die Angriffe gegen das Zentrum schärfer ausfielen als der Kampf gegen die Sozialdemokratie¹¹⁰. Diese Aufgabe übernahm größtenteils der neu gegründete Reichsverband, der eine starke Wahlpropaganda entfaltete und insgesamt etwa zehn Millionen Flugblätter verteilte. Gleichwohl war dies nur ein Bruchteil dessen, was die SPD an Propagandamaterial für die Wahl produzierte, darunter mehr als 55 Millionen Flugblätter, was ihre Wahlkampfkosten auf die für damalige Verhältnisse astronomische Summe von knapp 1,6 Millionen Mark klettern ließ. Zur Mobilisierung von Geldmitteln für den Regierungswahlkampf wandte sich Bülow über einen „Interfraktionellen Wahlfonds“ an industrielle Kreise und nahm die Hilfe des „Komitee Patria“ in Anspruch, das Ende Dezember 1906 einen vertraulichen Spendenaufruf lancierte und innerhalb kurzer Zeit immerhin 587 000 Mark in die Wahlkasse der Regierung sammelte¹¹¹. Im Ergebnis brachten die Wahlen vom Januar 1907 bei einer Rekordbeteiligung von 84,7 Prozent einen Sieg des „Bülow-Blocks“, dessen Parteien allesamt Zugewinne verzeichneten, während der Stimmenanteil der SPD

infolge der nationalistischen Hochstimmung von 31,7 auf nun 29 Prozent zurückfiel, womit ihr „struktureller Zuwachs“ seit 1874 vorerst aufgehalten schien¹¹².

Während schon beim Rücktritt Bülow's vorzeitige Neuwahlen erwartet wurden, war spätestens seit dem Sommer 1911 eine Intensivierung der Propagandaarbeit der Parteien festzustellen, die noch zunahm, als Anfang Dezember 1911 der Reichstag aufgelöst und die Neuwahl bereits für den 12. Januar des nächsten Jahres festgesetzt wurde. Zum Teil schon vor der Reichstagsauflösung hatten die Parteiführungen ihre „Wahlprogramme“ beziehungsweise Wahlaufrufe veröffentlicht¹¹³. Während die Opposition nachdrücklich Schritte zu einer Liberalisierung der Reichsverfassung und des preußischen Wahlrechts verlangte, stand die Frage der Reichsfinanzreform im Vordergrund der gouvernementalen Wahlpropaganda. Neben den von den Berliner Parteizentralen vorgegebenen Themen und Parolen beherrschten aber laut Jürgen Bertram „in jedem Land und jeder Provinz, in jedem einzelnen Wahlkreis besondere Probleme“ den Wahlkampf, auf dem Land dabei weniger die Fragen der „Großstadtpolitiker“, sondern die „kleinen Sorgen des Alltags“¹¹⁴. Das Wahlergebnis vom Januar 1912 bescherte der SPD einen überwältigenden Triumph, da sie bei einer Rekord-Wahlbeteiligung von 84,9 Prozent mit 34,8 Prozent der Stimmen und immerhin noch 110 von 397 Mandaten (27,7 %) die mit Abstand stärkste Partei wurde, während die Anteile der Konservativen um fast ein Drittel gegenüber der letzten Wahl von 1907 schrumpften¹¹⁵. Im Wahlkampf war es innerhalb der SPD zu heftigem Streit über das „Dämpfungsabkommen“ gekommen, das die Parteileitung mit den Freisinnigen vereinbart hatte. Obwohl derartige Stichwahlabsprachen an sich nichts Neues mehr darstellten, lehnten sie viele Sozialdemokraten nach wie vor als Ausdruck bürgerlichen „Wahlschachers“ ab. Nach dem Abbruch des preußischen Wahlrechtskampfes im Frühjahr 1910 hatte sich die Partei zudem auf eine Politik verlegt, welche den Anhängern die nächsten Reichstagswahlen als Tag der „Abrechnung“ verhieß. So steigerte sich die Agitation der SPD während des Winters 1911/12 zu einem Wahlkampf, „der an personellem und materiellem Aufwand von Seiten der SPD alle bisherigen Wahlfeldzüge weit übertraf“¹¹⁶. Die Massenpropaganda von allein etwa achtzig Millionen Flugblättern ließ ihre Wahlkampfkosten auf rund 2,5 Millionen Mark anschwellen, eine Summe, die selbst in den „Materialschlachten“ der Weimarer Republik von ihr kaum noch übertroffen werden sollte¹¹⁷.

Kapitel 3

Zur politischen Kultur der Weimarer Republik: Parteien, Programme und Koalitionen

„Ja, das muss man ihr lassen, der Revolution: Sie hat auch unser privates Volk politisiert. Wir haben die Zeit der Wahlkämpfe. In jeder Wirtschaft kannst du politische Diskurse führen.“

Oskar Maria Graf, 1924¹¹⁸

„Wie schön wäre es, wenn wir nur eine Partei hätten! Aller Parteihader fiele fort, die heute notwendigen ungeheuren Propaganda-Summen könnten zu nützlichen Wohlfahrtseinrichtungen verwendet werden.“

P. Rad, 1924¹¹⁹

Obwohl der Begriff der politischen Kultur seit den 1990er-Jahren auch in der Geschichtsschreibung an Beliebtheit gewinnen konnte, hat dies lange Zeit nicht zu einer entsprechenden Beschäftigung mit historischen politischen Kulturen geführt. Noch 1992 stellte eine im Rahmen des Berliner Forschungsprojekts angefertigte Arbeit fest, dass die Erforschung der politischen Kultur der Weimarer Republik erst am Anfang stehe¹²⁰. Das besondere Interesse daran lässt sich in der Schlüsselfunktion eines Mangels an demokratischem Konsens für die dramatische Entwicklung und das Scheitern der ersten deutschen Republik sehen. Diese Sichtweise konkretisierten Detlef Lehnert und Klaus Megerle zu der These, wo-

nach für die politische Kultur der Weimarer Republik eine Fragmentierung in mehrere Teilkulturen konstitutiv gewesen sei. Aufgrund historischer Vorbelastungen, wie ausgeprägter territorialstaatlicher oder konfessioneller Disparitäten, und krisenhaften Rahmenbedingungen konnten diese außerhalb ihrer Gruppenidentitäten keine einheitliche Nationalkultur formen, ja nicht einmal einen gesellschaftlichen Minimalkonsens finden. Im Unterschied zu den Parteien der Bundesrepublik mit ihren fließenden Übergängen zueinander waren in Weimar-Deutschland die klassischen sozialmoralischen Milieus noch weitgehend intakt, aus denen die politischen Parteien ihre Anhänger rekrutierten.

Anknüpfend an diesen Ansatz von milieugebundenen Lagern konkurrierten nach Lehnert und Megerle mindestens neun politische Teilkulturen der Weimarer Republik in einer „Topographie des politisch-kulturellen Dissenses“: die Gesinnungsliberalen, die Sozialdemokraten, die Linksintellektuellen, die Kommunisten, der politische Katholizismus, die industriellen Eliten, die Agrarkonservativen, die nationale Rechte und schließlich die Nationalsozialisten. Die in der Weimarer Republik „besonders ausgeprägte Fragmentierung der Gesellschaft in unterschiedlich strukturierte und im politischen Habitus stark von einander abweichende Teilkulturen“ wirkte sich vor allem in der Wirtschafts- und Staatskrise nach 1929 verhängnisvoll aus, insofern die geringe Interaktionsfähigkeit der Teilkulturen den Aufstieg des Nationalsozialismus mit seiner „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“-Ideologie erleichtert habe¹²¹.

Im Unterschied zum Kaiserreich und seiner obrigkeitsstaatlich-militaristisch geprägten Identität etablierten sich nach 1918 auch keine „hegemonialen“ politisch-kulturellen Deutungs- und Handlungsmuster. Obwohl die Fragmentierungen überliefert waren, sehen Peter Lösche und Franz Walter das spezifische Dilemma der Weimarer Republik gerade darin, „dass die Milieus einander misstrauten, sich gegeneinander abriegelten und schließlich bekämpften“, was etwa sozialdemokratischen Öffnungsversuchen gegenüber den bürgerlichen Mittelstandsschichten eine objektive Grenze setzte¹²². Während die regionalspezifische Differenzierung der politischen Kultur der Weimarer Republik bei dem auf das Reich ausgerichteten Blickwinkel vernachlässigt wird, sehen Lehnert und Megerle selbst eine mögliche Modifizierung ihrer These darin, dass zumindest zeitweise Ansätze zur „tendenziellen Bipolarisierung statt multifrontaler Segmentierung“ nach 1918 zu beobachten seien. Hätten sich verschiedene soziokulturelle Formationen oder politische Teilkulturen

in Koalitionen etwa bei den Reichstagswahlen um ein gemeinsames Mehrheitsvotum bemüht, „wäre eine dezidierte Fragmentierungsthese von vornherein zu dementieren“¹²³. In einzelnen Perioden der Weimarer Republik sei immerhin die Herausbildung einer hegemonialen politischen Kultur erkennbar gewesen oder hätten „partielle Bündniskonstellationen einzelner Teilkulturen eine realistische Chance zur Konsolidierung handlungsfähiger Formationen“ geboten. Als Beispiel nennen sie die Formierung von „Volksblock“ und „Reichsblock“ bei den Präsidentenwahlen vom Frühjahr 1925, als sich unter umgekehrten Vorzeichen eine Trennung in „Reichsfeinde“ und „Reichsfreunde“ wie während der Bismarck-Ära zu etablieren schien. Doch sei diese Polarisierung zweier Lager eben auf die damalige Stichwahlsituation beschränkt geblieben¹²⁴.

Eine weitere Modifizierung der Fragmentierungsthese könnte die Existenz „politischer Deutungsmuster entlang von subkulturellen Gruppenidentitäten“ bedeuten, etwa in Form von „Soziokulturen“ als Verbindungslinien zwischen den Jugendmilieus verschiedener Parteien und Herkunft. Darauf weist die Binnendifferenzierung von breit gefächerten Integrationsmilieus oder „Solidargemeinschaften“ hin, womit Lösche und Walter die „sozialdemokratische Alltäglichkeit“ umschreiben. Allerdings warfen die regionalen Sonderfaktoren Trenngräben selbst innerhalb einer Partei auf, weil die politische Milieukultur in Deutschland immer auch „Regionalkultur“ beinhaltete, „Katholiken, Liberale, Sozialdemokraten waren z. B. im Ruhrgebiet anders als in Bayern, und das prägte die politischen Verhältnisse“¹²⁵. Außer internen Differenzierungen, teilkulturübergreifenden Lagerpolarisierungen oder partiellen Gruppenidentitäten als Querverbindungen muss schließlich noch geprüft werden, ob sich die politisch-kulturelle Fragmentierung vielleicht themen- oder gebietsspezifisch veränderte. Grundsätzlich stellte aber etwa der quer über alle Weimarer Parteien reichende außenpolitische Revisionismus zu keiner Zeit ein Element echter nationaler Integration dar, sondern war die parteipolitische Einheitsfront gegen Versailles nur ein negativer Scheinkonsens¹²⁶. So ist das Bild einer tief gespaltenen Gesellschaft zwischen 1918 und 1933 in der Weimar-Forschung weithin unbestritten. Der Gründungskompromiss von 1918/19, der sich in der neuen Reichsverfassung sowie der Zentralen Arbeits-Gemeinschaft von Unternehmern und Gewerkschaften niederschlug, zerbrach spätestens während der Staatskrise von 1923/24¹²⁷.

Andererseits sind durchaus einige typische Eigenschaften der politischen Kultur von Weimar festzustellen. So war der weit verbreitete Irrationalismus, der sozialharmonische Volksgemeinschaftsideen förderte und sich im Konzept der konservativen Revolution mit einer diffusen Angst vor der Moderne mischte, laut Kurt Sontheimer eine „geistig bestimmende Macht“ der Republik, die freilich deren Untergang vorbereitet und beschleunigt habe¹²⁸. Die Fiktion einer die sozialen und ökonomischen Antagonismen überwölbenden „Volksgemeinschaft“ konnte sich in Antithese zum Weimarer Parteienstaat zur „machtvollen Sozialnorm bis ins sozialdemokratische Lager“ hinein entwickeln¹²⁹. In allen politischen Teilkulturen war des Weiteren ein Nationalismus wirksam, der nach 1918 entweder aggressiv-militaristisch, großdeutsch oder paradoxerweise im internationalen Gewand auftreten konnte und zum „eigentlichen Glauben“ der Zwischenkriegszeit wurde, so eine Formulierung von Harry Graf Kessler¹³⁰. Aus der Abwehr der alliierten These von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg heraus erwuchs bereits mit Republikgründung eine „deutsche Kriegsunschuldlegende“, die kaum weniger als die Dolchstoßlegende dazu beitrug, „jenes nationalistische Klima zu erzeugen, in dem sich das politische Leben der Weimarer Republik entwickelte“¹³¹. Der Kampf gegen die so genannte Kriegsschuldlüge verband sich mit der Umdeutung der Niederlage als Dolchstoß der „Novemberverbrecher“ zu der „zentralen Lebenslüge der deutschen Gesellschaft“, deren sozialpsychologische Bedeutung nicht unterschätzt werden kann¹³².

Als ein weiteres politisch-kulturelles Merkmal kann der „durch Friedlosigkeit geprägte Zeitgeist“ gelten, der im Krieg entzündet und durch die mannigfaltigen außen- und innenpolitischen Belastungsfaktoren nach 1918 geschürt wurde. Physische Gewaltanwendung und politische Morde kennzeichneten die politischen Auseinandersetzungen in Weimar-Deutschland: „Der Krieg an der äußeren fand seine Fortsetzung an der inneren Front“¹³³. Dieser **allgemeine militante „Tumultcharakter“ der Weimarer Republik** förderte die antirepublikanische Stimmung, zumal die staatstragenden Parteien den Leidensdruck der Bevölkerung weder in der praktischen Politik noch durch glaubwürdige Zukunftsentwürfe mildern konnten¹³⁴.

Aus wahlhistorischer Sicht wurde schon früh bemerkt, dass sich im Übergang vom Kaiserreich zur Republik die Parteien- und Wählerblöcke – der sozialistische, der katholische und der bürgerlich-protestanti-

sche – nur geringfügig umgruppierten, aber innerhalb eines jeden Lagers erhebliche Wählerbewegungen stattfanden. Hinsichtlich der demographischen und sozialen Zusammensetzung ist mit Jürgen Falter festzuhalten, dass das Weimarer Parteiensystem „einerseits durch eine hohe Stabilität des katholischen und des sozialistischen Wählerblocks, andererseits durch eine beträchtliche Instabilität sowohl der übrigen Parteien als auch der Wahlbeteiligung“ charakterisiert werden kann¹³⁵. Im Unterschied zur klassischen Dreiteilung der allgemeinen Geschichte unterscheidet Falter zwei Phasen der Weimarer Wahlgeschichte: Eine erste von den Anfängen bis 1930 datierte Phase ist ihm zufolge durch den Niedergang der liberalen Parteien, den raschen Aufstieg und Rückgang der Deutschnationalen, dem starken Aufkommen von Interessen- und Regionalparteien sowie Verschiebungen innerhalb des sozialistischen Lagers gekennzeichnet. Eine zweite wahlhistorische Phase, die von 1930 bis zum Ende der Weimarer Republik angesetzt wird, charakterisiert Falter als eine der Radikalisierung und Polarisierung. In ihr sei es der NSDAP gelungen, bei steigender Wahlbeteiligung zur „Sammelpartei des nicht-katholischen, nicht-sozialistischen Lagers“ zu werden und damit für eine „in der deutschen Geschichte beispiellose Umwälzung eines Parteiensystems“ zu sorgen¹³⁶.

Die Destabilisierung traditioneller Wählerloyalitäten begann allerdings bereits vor dem Aufstieg der NSDAP, nämlich im Anschluss an die verheerende Inflationskrise von 1923. Die Konjunktur von Parteien, die sich auf spezielle Interessen, Themen oder Regionen konzentrierten, ging nach 1924 einher mit der beschleunigten Auflösung der Wählerbindungen vor allem bei den bürgerlichen Mitte- und Rechtsparteien. Damit hing die weit verbreitete Kritik am Parlamentarismus und an den politischen Parteien zusammen, die in weiten Teilen der Weimarer Öffentlichkeit lediglich als „ungeliebte Kinder der Repräsentativverfassung“ galten¹³⁷.

Zwar meist abschätzig, aber durchaus zutreffend, ist die Weimarer Republik als „Parteienstaat“ bezeichnet worden, in dem die Entscheidungen über Arbeit und personelle Besetzung der Staatsorgane fast ausschließlich im Verantwortungsbereich der Parteien lagen. Von einer Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Elite wurden sie aber bestenfalls als notwendiges Übel empfunden, zumal im Kaiserreich auch ohne sie regiert werden konnte. Die Parteien, die sich nach 1918 selbst nur schwer in die neue Rolle hineinfanden und im wesentlichen ihre

Selbstverständnisse aus dem Obrigkeitsstaat beibehielten, wurden zu Sündenböcken und die Institution der Parteien selbst zum Politikum. Im Grunde lief seit 1918 eine öffentliche Diskussion darüber, ob sie nicht durch „Bewegungen“, berufsmäßige Vertretungen oder „Bünde“ ersetzt werden sollten¹³⁸. Noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg kursierte als Reaktion auf 1933 die These, dass das Weimarer Parteiensystem „versagt“ habe und dies „ein wesentlicher Grund für das Entstehen antiparteilicher, diktaturstaatlicher, totalitärer Bewegungen“ gewesen sei¹³⁹.

Die neuere Forschung betont dagegen die ungünstigen strukturellen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen nach 1918. So bot etwa das Weimarer Verfassungsrecht der Tätigkeit politischer Parteien kaum Stützen, sondern verwies sie in den „außerkonstitutionellen“ Bereich, während die herrschende Staatsrechtslehre den parteienfeindlichen Ressentiments wissenschaftliche Legitimation gab. Die Polemik gegen die angebliche „Herrschaft der Parteien“ bildete den gemeinsamen Nenner aller gegen die Republik gerichteten Attacken. Selbst in der SPD stießen Vorstellungen, wonach Parteien die Zerstörer der „Volksgemeinschaft“ seien, auf Resonanz¹⁴⁰. Zu den Ängsten vor einem „Parteienabsolutismus“ kam nach 1918 die Ungeübtheit der Parteien, staatspolitische Verantwortung zu übernehmen: „Sie hielten an Prinzipien fest, stützten nicht die eigene Regierung, waren unfähig zu pragmatischen Kompromissen. Parteien ging es nicht so sehr um Macht als vielmehr um ‚Wahrheit‘ und ‚Sinnstiftung‘. Es mangelte an Pragmatismus, an Bereitschaft zum politischen ‚Kuhhandel‘, daran, aufeinander zuzugehen“¹⁴¹. Neben den historischen Vorbelastungen wirkte sich der weit verbreitete Anti-Parteieneffekt verhängnisvoll für die Weimarer Republik aus, da selbst Sozialdemokraten befürworteten, was auf einer zu Ehren der Wahl Hindenburgs 1925 geprägten Münze zu lesen war: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien“¹⁴².

Als charakteristisch für Deutschland sah Sigmund Neumann noch 1932 die „strengen Programmparteien“ an, während der Begriff „Interessenpartei“ lediglich ein Agitationsmittel sei. Jede Partei, die möglichst viele Stimmen gewinnen wolle, müsse ihr Programm schließlich auf die Gesamtheit ausrichten und daher „Volkspartei“ sein, denn: „Keine Arbeiterpartei kommt ohne Bauernprogramm aus, wenn das Bauerntum ein notwendiger Bestandteil des Staatsganzen ist. Jede Partei muss die Gesamtheit aller staatlichen Aufgaben umfassen, muss eine Richtung auswärtiger Politik ebenso zeigen wie ein Kulturprogramm“¹⁴³.

Weimarer Zeitgenossen waren sich darüber im Klaren, dass auch in der Politik der „Schein“ keineswegs immer dem „tatsächlichen Sein“ entspreche, vielmehr jede Partei „pompöse Programme“ verbreite und ihr Heil „entweder in der Ausführlichkeit der Grundsätze und Forderungen oder in möglichst prägnanter Kürze“ suche. In der Praxis komme es zu Kompromissen, die von den Programmen wegführten. Dennoch seien diese keineswegs überflüssig, vielmehr verhalte sich eine Partei „nach einem bestimmten Bewegungsgesetz, das sich nicht zum wenigstens auch in ihrem Programm ausdrückt“, so eine offiziöse Broschüre anlässlich der Reichstagswahlen im Juli 1932. Im Gegensatz zu der um sich greifenden parteienfeindlichen Stimmung wurde hier betont, dass Parteien das „gegebene Medium zwischen Volk und Regierung und ein nicht wegzudenkender Faktor der Bildung des staatlichen Lebens“ seien¹⁴⁴. Andererseits wurde während der Präsidialkabinette Anfang der 1930er-Jahre ein akuter Bedeutungsverlust beobachtet: „Wer fragt heute noch nach einem Parteiprogramm? Selbst unsere Antipathie oder Sympathie für diesen oder jenen Parteiführer ist augenblicklich ziemlich gleichgültig, denn eine reine Parteiherrschaft wird es (außer im Falle einer Hitler-Diktatur, an die wir nicht glauben) nicht geben“¹⁴⁵. Wenn auch die Einschätzung des demokratischen Politikers Otto Nuschke übertrieben erscheint, dass alle im Kaiserreich „lange pietätvoll gehüteten Parteiprogramme“ bedeutungslos geworden seien¹⁴⁶, wurden die Parteien durch den November 1918 doch vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Ziele neu zu formulieren. Die Demokratisierung zog nicht nur eine Ausweitung der Macht- und Entscheidungsbefugnisse der Parteien nach sich, sondern auch die Ver vielfältigung der Themen, wobei die wirtschaftliche Interessenvertretung durch die „Parlamentarisierung der Wirtschaftspolitik“ (Knut Borchardt) eine vorher nicht gekannte Dominanz erhielt, auf die zu reagieren reine Weltanschauungsparteien wie das Zentrum sich schwer taten¹⁴⁷.

Die oben skizzierten Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus führten dazu, dass die Weimarer Parteien „gesinnungstüchtige Opposition“ höher bewerteten als politische Verantwortung. Durch die in der Weimarer Reichsverfassung verankerte Möglichkeit der präsidialen Regierung fühlten sie sich im Konfliktfall dem Zwang zur parlamentarischen Mehrheitsbildung enthoben. In Krisenzeiten wie 1923/24 oder nach 1930 wurde ein Großteil der Gesetze durch Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 oder aufgrund von Ermächtigungsgesetzen erlassen. Die Parteien zeigten sich weitgehend unfähig, trotz ei-

nes realpolitischen Zwanges zur Koalition stabile Mehrheitskoalitionen zu bilden, was auch in der Phase der relativen Stabilisierung eine „Labilität des parlamentarisch-parteienstaatlichen Systems“ verursachte¹⁴⁸. Eine Folge des neuen Verhältniswahlsystems, das die absolute Mehrheit einer Partei unwahrscheinlich machte, war allerdings, dass sich die um echte politische Machtteilhabe und Wählerstimmen konkurrierenden Parteien nach 1918 überhaupt erstmals der Koalitionsfrage stellen mussten. Von „Koalitionswahlkämpfen“, in denen bereits vor der Wahl Absichtserklärungen über zukünftige Koalitionen abgegeben wurden – wie sie bei heutigen Bundestagswahlen ein wesentliches Entscheidungskriterium des Wählers darstellen¹⁴⁹ –, war man jedoch weit entfernt. Aus heutiger Sicht befand sich die Koalitionspolitik der Weimarer Republik vielmehr in einem „Dauerdilemma“¹⁵⁰.

Allerdings erschwerte die unablässige publizistische Diskreditierung des Parteiwesens von allen Seiten eine „Normalisierung des parlamentarischen Interessenausgleichs in weit höherem Umfang als der Mangel an Bereitschaft innerhalb der Parteien, politische Verantwortung zu übernehmen“¹⁵¹. Für die Bildung von Mehrheitsregierungen boten sich schon nach der Reichstagswahl von 1920 aber nur zwei Varianten an, da die extremen Flügelparteien von vornherein ausschieden: zum Einen die „Große Koalition“ aus SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP, wie sie erstmals unter Gustav Stresemann im August 1923 für drei Monate und dann wieder vom Juni 1928 bis März 1930 zustande kam, sowie die Koalition der bürgerlichen Parteien mit dem Kern von Zentrum/BVP und DVP, zu denen sich DDP oder DNVP sowie agrarische und mittelständische Interessenparteien gesellten – der „Bürgerblock“, wie er nach den Dezemberwahlen 1924 für ein Jahr unter Hans Luther bestand. Jede dieser Koalitionen trug aber aufgrund interessenpolitischer Gegensätze bereits den Keim ihres Zerfalls in sich, die Große Koalition vor allem wegen der tiefen sozialpolitischen Gegensätze zwischen der gewerkschaftsnahen SPD und der die Arbeitgeberinteressen vertretenden DVP, während die bürgerliche Mitte-Rechts-Koalition in der Außen- und Kulturpolitik nur ein labiles Scheinbündnis bildete¹⁵².

Nach 1920 etablierten sich deshalb bürgerliche Minderheitsregierungen, die in der Regel aus DDP, Zentrum/BVP sowie DVP bestanden und von der SPD in „stiller Opposition“ toleriert wurden. Dieses „System wechselnder Mehrheiten“ ließ kaum politische Stabilität aufkommen, zumal selbst die Koalitionsfraktionen ein prekäres, wenn nicht ge-

störtes Verhältnis zur Regierung hatten, die eher eine Koalition von Ministern als von Parteien darstellte. Dass Parteiräson über Koalitionsräson gestellt wurde, offenbarte der Bruch der Großen Koalition im Herbst 1923, als sich SPD und DVP unter dem Druck radikaler Konkurrenten auf keinen Kompromiss einigen konnten. Bis zu den Reichstagswahlen vom Mai 1928 charakterisierte die Koalitionspolitik im Reich, dass die Bildung einer Regierung unter Einschluss der SPD immer wieder durch außerparlamentarische Interessenkreise torpediert und erst im Sommer 1928 hingenommen wurde, als neue außenpolitische Entscheidungen anstanden, für welche die bürgerlichen Parteien nicht die alleinige Verantwortung übernehmen wollten¹⁵³. Insbesondere die Person Hindenburgs stand seit seiner Wahl zum Reichspräsidenten 1925 – und nicht erst seit 1930 – für eine Rechtskoalition beziehungsweise eine Politik, wonach „mehr nach rechts“ regiert werden müsse, das hieß gegen die SPD¹⁵⁴.

Der Glaube, sich mit den Anhängern des schwarz-weiß-roten Obrigkeitsstaates beim Aufbau der Republik arrangieren zu können, stellte nach Hans Mommsen die „Lebenslüge“ der Weimarer Koalitionsparteien dar¹⁵⁵. Für Heinrich August Winkler bildete hingegen die Große Koalition von SPD und DVP als Ausdruck des „Zusammenwirkens zwischen den gemäßigten Teilen des Bürgertums und der Arbeiterschaft“ das „Lebensgesetz der deutschen Republik“. Während Stresemann dies vor allem aus außenpolitischen Gründen bejahte, mussten dazu allerdings in der SPD diejenigen Kräfte obsiegen, die nicht bereits „in Kompromissen mit dem Bürgertum einen Verstoß gegen die Lehre vom Klassenkampf“ erblickten¹⁵⁶. Vielen SPD-Funktionären, vorzugsweise den ehemaligen Unabhängigen, erschienen Koalitionen stets als Opfer oder Notbehelf und nicht als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen¹⁵⁷.

Bei den von ihm als grundlegend angesehenen kulturpolitischen Fragen zeigte sich aber auch das Zentrum wenig kompromissbereit – es sei nur auf das starre Festhalten an dem Gedanken der Bekenntnisschule hingewiesen. Der Zentrumspolitiker Joseph Joos stellte 1927 in einem viel beachteten Artikel zur **„Psychologie der politischen Koalition“** fest, dass man in Deutschland noch weit davon entfernt sei, die Koalitionsbildung als selbstverständlich anzusehen: „Nichts dokumentiert so recht die Uneinigkeit unserer politisch-parlamentarischen Verhältnisse als die psychologischen Hemmungen, denen Koalitionen im Bewusstsein der breiten Wählermassen von Anfang an begegneten“¹⁵⁸. Während sich die

SPD auf ein „Nie mit den Deutschnationalen“ festlegte, bestand das koalitionspolitische Dauerdilemma der DNVP darin, dass ihre scharfe Ablehnung der Verständigungspolitik nicht nur den Interessen der Großindustrie und Landwirtschaft widersprach, sondern eine Regierungskoalition mit den Mitteparteien eben nur um den Preis der Anerkennung der so leidenschaftlich bekämpften Stresemannpolitik zu kriegen war.

Neben den konfessionellen und ideologischen Fixierungen standen auch die lokal geprägten Mentalitäten der einzelnen Regionen, die durch das Weiterbestehen von 17 Ländern nach 1918 praktisch Verfassungsschutz genossen, der Ausformung einer nationalen politischen Kultur in der Weimarer Republik entgegen. Alle Parteien blieben unter dem Aspekt ihrer Hochburgen gewissermaßen Regionalparteien und waren in bestimmten Diaspora-Gebieten faktisch überhaupt nicht oder nur schwach vertreten, wenn sich auch die Hochburgenlandschaft nach 1918 zu nivellieren begann¹⁵⁹. Die Zahl der kleinen Interessen- und Regionalparteien, bei denen es sich oftmals um reine Ein-Themen-Parteien handelte – so etwa die nach 1924 aus den Boden der Inflation schießenden Aufwertungsgruppen –, ist in der Weimarer Republik nahezu unüberschaubar. Mitunter traten Gruppierungen lediglich für eine Wahl an oder lösten sich auf, um wenige Wochen später unter dem gleichen oder anderem Namen wiederzukehren, oder kandidierten ausschließlich in einem Wahlkreis. Obwohl sie sich als Gegenteil der alten „Weltanschauungsparteien“ zu profilieren versuchten, zeigte gerade die Wahlpropaganda der ausgesprochenen Interessenparteien als gemeinsames Merkmal „an implicit ideological content that amounted to nothing less than a fundamental rejection of the very social economic, and political foundations on which the Weimar Republic was based“¹⁶⁰.

Nicht die Inflation, sondern die Stabilisierung und die mit ihr verknüpfte Aufwertungsfrage wurden zum wichtigsten Thema der mittelständischen Wählerschichten. Typisches Beispiel für die „Anti-System-Politik“ der Interessenparteien war die im September 1920 gegründete Reichspartei des deutschen Mittelstandes, kurz Wirtschaftspartei genannt. Obwohl maximal nur etwa 50 000 Mitglieder zählend, konnte sie bei den Reichstagswahlen zwischen 1924 und 1930 bis zu 1,4 Millionen Wähler mobilisieren und spielte sie zeitweilig eine nicht unwichtige parlamentarische Rolle. Als „Symptom der Unzufriedenheit“ vieler kleiner selbständiger Mittelständler profitierte die Wirtschaftspartei auch von

dem „Aufschwung mittelständischer Rhetorik“ in den großen Weimarer Parteien nach der Inflation. Mit den Worten Michael Schumachers kultivierte sie eine „schwülstige Standes- und Parteisymbolik, die nur wenig in das Bild einer mittelständischen Interessenpartei zu passen scheint, aber doch den historisch-politischen Standort dieser Bewegung im Vorfeld des autoritären Faschismus andeutet“¹⁶¹.

Ungeachtet des Aufkommens der kleineren Interessen- und Regionalparteien veränderte das deutsche Parteiensystem erst in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 entscheidend sein Gesicht, einerseits durch den jetzt beschleunigten Zerfall der bürgerlichen Mitte zugunsten der NSDAP, andererseits durch eine stärker sichtbare Tendenz zur „Volkspartei“, das heißt den Versuch auch von demokratischen Massenintegrationsparteien wie dem Zentrum oder der SPD, neue Wählerschichten für sich zu erschließen. Darin spiegelten sich allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen wider, wie die Veränderung der Arbeitsmarktstrukturen, die Expansion des Dienstleistungsbereichs oder die fortschreitende Urbanisierung, was auch den Ausbau, die Professionalisierung und Bürokratisierung der Parteiapparate förderte. Bei der folgenden Charakterisierung der wichtigsten Weimarer Parteien stehen deren programmatische Ausrichtung sowie Fragen der Organisation, der Wahlentwicklung, der Propagandamittel und der Sozialstruktur im Vordergrund.

Geborene Oppositions- und klassische Staatspartei – Die Weimarer Sozialdemokraten

Obwohl der SPD 1918 die politische Macht nach einem halben Jahrhundert der Opposition eher überraschend zugefallen war und sie die Regierung im Reich schon 1920 wieder an die bürgerlichen Parteien abgeben musste, wurde sie in den Augen der Öffentlichkeit zur eigentlichen Staatspartei der Weimarer Republik¹⁶². Zu diesem Bild trug wesentlich ihre starke Machtposition im größten deutschen Einzelstaat Preußen bei, das unter dem „roten Zaren“ Otto Braun von 1920 bis 1932 fast ununterbrochen eine sozialdemokratisch geführte Regierung besaß. Sie vermittelte der SPD das beruhigende Gefühl, „dass die Republik nicht völlig in bürgerliche Hände übergegangen war“¹⁶³. Während führende Politiker der SPD wie Philipp Scheidemann oder Friedrich Ebert auf parlamentarische Verkehrsformen fixiert und um Ausgleich mit den bürgerlichen

Parteien bemüht waren, bildete sich in der Frage, wie sich die SPD zum Weimarer Staat stellen solle, ein innerparteilicher „Vorbehaltsrepublikanismus“ auf dem linken Flügel heraus¹⁶⁴. Die „sozialen Errungenschaften“ der Republik waren andererseits wichtigstes Abgrenzungsmittel gegenüber der linken Konkurrenz und Sowjetrussland, das als warnendes Beispiel für den Rückfall in utopische Vorstellungen bezeichnet wurde¹⁶⁵.

Als Partei des spezifischen Klassenmilieus der Arbeiterschaft, vor allem aber der Facharbeiter, vertrat die SPD von Anfang bis zum Ende der Weimarer Republik eine „konsequente Reformpolitik, die allerdings – nicht zuletzt aufgrund wechselnder innerparteilicher Verhältnisse – unterschiedlich präsentiert wurde, in bestimmten Phasen verbalradikal-revolutionär, in anderen parlamentarisch-reformistisch“¹⁶⁶. Die Orientierung an den scheinbar so erfolgreichen Parteitraditionen, das Legalitätsdenken der Funktionäre und ihr Vertrauen auf die Kraft und Vernunft des Stimmzettels sowie den puren Mechanismus einer Wahlbewegung – kurz, die aus dem Kaiserreich mitgeführten Denk- und Verhaltensmustern prägten die Weimarer Sozialdemokratie, deren ureigenstes Kampfmittel der Aufmarsch disziplinierter Massen zur Demonstration der eigenen Organisationsmacht insbesondere vor Wahlen blieb¹⁶⁷. Sozialdemokratische Wahlerfolge im Kaiserreich beruhten vor allem auf einer „generalstabsmäßig organisierten Beeinflussung jedes einzelnen Wählers mit einer Intensität, die die Anstrengungen der bürgerlichen Parteien weit in den Schatten stellte, auf der anderen Seite aber auch den Wahlhelfern schwere Lasten aufbürdete“¹⁶⁸. Spätestens nach der Reichstagswahl von 1907 besaß der „Ausbau einer perfektionierten Wahlmaschine“ innerhalb der SPD oberste Priorität¹⁶⁹.

Angesichts der demographischen und berufssoziologischen Veränderungen musste sich die SPD nach 1918 von der Vorstellung verabschieden, dass ihre Anhänger- und Wählerschaft immer weiter wachsen werde wie einst die wilhelminische „Stimmrechtsarmee“. Trotz diverser sozialer Öffnungsversuche hin zu den Mittelschichten, für die der Gölitzer Parteitag von 1921 steht, blieb sie aber in soziostruktureller Hinsicht eine „Berufspartei des Industrieproletariats“, eine durch das städtische Arbeitermilieu geprägte Teilkultur, von der sich bei weiter bestehenden Gemeinsamkeiten ein neues, kommunistisch geführtes Arbeitermilieu ausdifferenzierte. Erst am Ende der Weimarer Republik kam die SPD in ihrer Wählerschaft dem soziologischen Bild einer „Volkspartei“ allmählich näher¹⁷⁰.

Auf die erste Reichstagswahl bereiteten sich die Mehrheitssozialdemokraten mit einer Reichskonferenz Anfang Mai 1920 in Berlin vor, wo nach Abschluss der Debatte, in der man heftig über die bisherige Koalitionspolitik stritt, ein kämpferischer Aufruf zur Reichstagswahl verabschiedet wurde, der die „Parole der Einigkeit“ sowie das Ziel einer rein sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit betonte¹⁷¹. Gegen die weit verbreitete Auffassung, dass die Koalition mit den bürgerlichen Parteien nur ein notwendiges Übel sei, argumentierte vor allem Reichskanzler Müller, doch auch er wusste: „Koalitionspolitik ist natürlich keine Wahlparole. Jede Partei, auch jede Koalitionspartei wird den Wahlkampf als Partei selbständig führen müssen; denn drei Koalitionsparteien, das heißt drei Weltanschauungen“¹⁷². Man könne, erläuterte Adolf Braun vom Parteivorstand, im Wahlkampf auch kein „spezialisiertes Programm für den kommenden Reichstag“ aufstellen. Ein solches müsse mit allen Schwierigkeiten rechnen, in die Deutschland verstrickt sei. Doch mit derartigen „Hemmungen“ zu agitieren, sei nahezu unmöglich, weshalb den Massen in erster Linie „die letzten großen Ideale des Sozialismus“ aufgezeigt werden müssten¹⁷³.

Obwohl sich insbesondere in der Einleitung des Görlitzer Parteitagsprogramms vom September 1921 volksparteiliche Tendenzen fanden, revidierte die SPD ihre Deutung der kapitalistischen Entwicklung nach 1918 nicht. Vielmehr habe sich durch den Weltkrieg der Proletarisierungsprozess der mittelständischen Gruppen, von den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden bis hin zu den Beamten und freien Berufen, noch verstärkt. Sozialdemokratische Zukunftsaufgabe blieb die „sozialistische Republik“. Um das „schaffende Volk“ aus den „Fesseln der Kapitalherrschaft“ zu befreien, kämpfte man für eine sozialistische „Gemeinwirtschaft“ zum „Wohl der Gesamtheit“¹⁷⁴. In Görlitz definierte sich die SPD zwar als Partei des „arbeitenden Volkes in Stadt und Land“, doch zeugte im Übrigen kaum etwas davon, dass in der Partei jemals eine Revisionsdebatte stattgefunden hatte.

An der Spitze der „Kampfziele“ des im September 1922 verabschiedeten vorläufigen Aktionsprogramms, das durch die Wiedervereinigung mit dem rechten Flügel der USPD notwendig wurde, stand der Schutz der Republik, weil diese „für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus“ biete. Unter dem Eindruck des Krisenjahres 1923 und der Vereinigung mit der Rest-USPD breitete sich in

der jetzt bis 1925 offiziell VSPD heißen Partei wieder das Bedürfnis nach radikalen Parolen und klassenkämpferischer Abgrenzungsrhetorik aus. Dies hatte Folgen für die Koalitionspolitik, insofern man sich nicht zuletzt auf Druck der früheren Unabhängigen während der Staatskrise im November 1923 gegen die Große Koalition mit der DVP entschied¹⁷⁵. Andererseits sehen Lösche und Walter gerade in der verbalradikalen Rhetorik das politisch-kulturelle Element, das die sozialdemokratische „Solidargemeinschaft“ zusammengehalten habe. In der Weimarer Zeit seien gar Anzeichen für einen „solidargemeinschaftlichen Höhepunkt“ ihrer Organisationskultur mit unzähligen Arbeiter- und Freizeitvereinen zu beobachten¹⁷⁶.

Während das Görlitzer Programm als „rechts“ galt, akzentuierte das Heidelberger Parteitagsprogramm von 1925 ganz in der Tradition von Erfurt 1891 wieder die Marxsche Ökonomie- und Klassenanalyse sowie die sozialistischen Ziele der SPD. Zugunsten von ihnen wurde der in Görlitz angedeutete Versuch zurückgestellt, sich von einer proletarisch-städtischen Milieupartei in eine sozial und weltanschaulich offene „linke Volkspartei“ umzuwandeln. Angesichts ihrer politischen Niederlagen seit 1919 stelle Heidelberg, so Hans Mommsen, die Rückwendung der SPD zu ihrem „herkömmlichen introvertierten Selbstverständnis“ dar, was die „notorische Neigung koalitionspolitischer Abstinenz“ verstärkt habe. Motor und Indikator dieser Entwicklung sei vor allem der enge interessenpolitische Horizont der einflussreichen Gewerkschaftsführer gewesen¹⁷⁷. Insbesondere mit seiner rigorosen Kampfansage an das „kapitalistische System“ entsprach das Heidelberger Programm „eher dem Selbstverständnis einer ‚geborenen‘ Oppositionspartei“ des Kaiserreichs als dem, „was die Sozialdemokraten tatsächlich waren – die klassische Staatspartei der Weimarer Republik“¹⁷⁸. Verfassungspolitisch bejahte sie in Heidelberg den Staat von Weimar als den „günstigsten Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus“. Die Relikte des alten Obrigkeitsstaates sollten durch die „Demokratisierung der Verwaltung“ beseitigt werden. Im Abschnitt über „Internationale Politik“ hatte die SPD die Forderung nach Revision des Versailler Vertrages fallengelassen, sondern plädierte im Geiste der Locarno-Verträge für eine „friedliche Lösung internationaler Konflikte“ sowie für „internationale Abrüstung“. Neu war auch die Zielvorstellung der europäischen Integration auf wirtschaftlichem Gebiet, der „Vereinigten Staaten von Europa“. Einzig der sozialpolitische Teil des Hei-

delberger Programms nannte konkrete Versprechen auf Interessenverwirklichung für bestimmte Wählergruppen. Zur „Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen“ wurden unter anderem die gesetzliche Festlegung des Achtstunden-Arbeitstages sowie der Umbau der Sozialversicherung im Sinne allgemeiner Volksfürsorge unter Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen gefordert, Schutzzölle auf Lebensmittel, wie sie die deutschnationalen Agrarier verlangten, dagegen strikt abgelehnt. Wiederholt wurde die orthodox marxistische „Untergangs“-These, wonach der Kleinbetrieb und Kleinhandel mit innerer Notwendigkeit sterben müssten, was durch die steigende Konkurrenz der Warenhäuser bestätigt zu werden schien¹⁷⁹.

Sowohl Görlitz als auch Heidelberg dienten in erster Linie dazu, die unterschiedlichen Strömungen in der SPD zu integrieren, und waren für ihre praktische Politik wenig hilfreich. Höheren Stellenwert in dieser Hinsicht besaßen etwa das Kieler Agrarprogramm von 1927, das die „Interessengemeinschaft der arbeitenden Masse in Stadt und Land“ propagierte und unter anderem die Steigerung der agrarischen Produktion und eine Sozialversicherung für „kleine“ Landwirte forderte, oder die Richtlinien zur Wehrpolitik, die der Magdeburger Parteitag 1929 beschloss und die – nach der Farce um den Bau des Panzerkreuzers A – ein klares Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit des Reiches ablegten. Das in Kiel propagierte internationalistische Selbstverständnis der SPD, deren Führung seit langem freilich „national“ empfand, stellte in der Weimarer Zeit nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis dar¹⁸⁰.

Die mit dem Heidelberger Programm einhergehende Verschärfung des Zwiespaltes zwischen reformistischer Praxis und theoretischer Selbstdarstellung der SPD entsprach ihrer „merkwürdigen Zwitterstellung, halb Regierungspartei, halb Oppositionspartei“, während der Mittelperiode der Republik¹⁸¹. Die Wahlerfolge der NSDAP ab 1929, die innerhalb der SPD zunächst als „Panik im Mittelstand“ gedeutet wurden, belebten auch die Diskussion über die marxistische Verelendungstheorie mit ihrem unbeweglichen Zweiklassenschema. Da jedoch keine schlagkräftigen Alternativkonzepte zur Verfügung standen, musste als Notbehelf weiterhin die Propagierung der Interessenidentität von Mittelstand und Arbeiterschaft mittels des Kaufkraftarguments erhalten. Wie gegenüber den Katholiken, entwickelte die SPD auch gegenüber den Angehörigen des „alten“ selbständigen Mittelstandes kaum spezifische Werbebemü-

hungen, was aus heutiger Sicht die Rede von einem „sozialdemokratischen Mittelstandsdilemma“ rechtfertigt¹⁸².

Schon Weimarer Zeitgenossen galt die SPD infolge ihrer „staatstragenden“ Rolle vor allem während der Spätphase der Republik als eine eher konservative Partei, deren Stellung „im wesentlichen in der Mitte“ sei¹⁸³. Vorgeworfen wurde ihr bereits vor 1933, Hitler nur mit der Waffe des Stimmzettels bekämpft und strikt die Spielregeln der Legalität beachtet zu haben, selbst als diese von jenem längst ad absurdum geführt worden seien. Wie die anderen Parteien auch unterschätzte die SPD die nationalsozialistische Gefahr, indem ihre Funktionäre typischerweise Parallelen zur Zeit des Sozialistengesetzes zogen und dem Glauben an die „Vernunft“ des Wählers verhaftet blieben¹⁸⁴. Neuere Arbeiten betonen jedoch, dass keine andere Partei so energisch gegen den Nationalsozialismus gekämpft habe wie die SPD, für die spätestens seit dem September 1930 die Abwehr eines „Dritten Reiches“ höchste Priorität besaß. Tatsächlich war sie in der Weltwirtschaftskrise die einzige republikanische Kraft, die Angehörige aller Wählerschichten in nennenswertem Maße an sich binden und so mit der NSDAP konkurrieren konnte¹⁸⁵.

Gegenüber dem lange Zeit in der Forschung gültigen Verdikt von Hans Mommsen über den rein „defensiven Immobilismus“ der Weimarer SPD gelangt Detlef Lehnert zu einer günstigeren Einschätzung: „Allen restaurativen Tendenzen energisch Widerstand leistend, die Weimarer Verfassung normativ anerkennend und öffentlichkeitswirksam propagierend, aber die demokratischen und sozialen Defizite der Verfassungswirklichkeit kritisch begleitend, sollte die Sozialdemokratie ‚Staatspartei der Republik‘ selbst in Phasen der Opposition werden und zugleich Hoffnungsträger ‚revolutionärer Reformisten‘ bleiben“¹⁸⁶.

„Nationale Opposition“ – Die Deutschnationalen

Als rechte Sammelbewegung im Stil der Vaterlandspartei von 1917 verkörperte die im November 1918 gegründete DNVP das politisch-personelle Erbe der konservativen Eliten und Parteien des Kaiserreichs, neben den Deutschkonservativen, Freikonservativen und Christlich-Sozialen auch Repräsentanten des Alldeutschen Verbandes sowie der extrem antisemitischen Deutschvölkischen, zu denen sich einige Nationalliberale gesellten. Obwohl sich diese „nationalen“ Kräfte des Bürgertums

durch die konterrevolutionäre Parole einigten, machten sich schon bei der Gründung zentrifugale Tendenzen zwischen einem strikt antidemokratischen und einem mehr pragmatisch-gouvernementalen Flügel der DNVP bemerkbar, eine Spaltung, die symptomatisch für die bürgerliche Rechte in der Weimarer Republik werden sollte. Ihre Schwächung während der Revolutionsmonate 1918/19 war freilich nur vorübergehender Natur.

Da der DNVP-Wahlkampf zur Nationalversammlung 1919 ohne einheitliche Parteiführung, Programm oder zentrale Organisation geführt werden musste, stellte er eher eine Summe von vielen einzelnen Wahlkämpfen der alten Konservativen dar. Während der „Aufmarsch der gegenrischen Parteien“, so später Hauptgeschäftsführer Max Weiß, bereits im November begonnen habe, sei das erste Rundschreiben der DNVP erst am 20. Dezember 1918 erschienen¹⁸⁷. Ihre Mitte Dezember 1918 einsetzende Aktivität diente dann sowohl der Mitgliederwerbung, der Gründung von Ortsgruppen als auch dem Wahlkampf. Der am 22. Dezember veröffentlichte Wahlaufuf der DNVP bekannte sich demonstrativ zu den alten „ruhmbedeckten Fahnen“ des Deutschen Reiches, das im Krieg „gegen eine Welt von Feinden Sieg auf Sieg“ errungen habe. Auch jetzt wieder bot sie sich zur „entschlossenen Arbeit am Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkstums“ an, und zwar in „jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform“. Unter der neuen Verfassung werde sich aber langfristig eine „monarchistische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor“ entsprechend der historischen Eigenart des deutschen Volkes durchsetzen. Mit einer für die dramatische Tendenz ihrer Propaganda typischen Beschwörung der Gefahr vor „Vernichtung durch den Bolschewismus“ rief die DNVP den Wählern zu¹⁸⁸. Abgesehen von dem Kampf gegen die „einseitige Klassendiktatur“ der SPD richtete die DNVP ihren Hauptstoß vor dem 19. Januar 1919 gegen die „Judenpartei“ DDP, die mit einer antisemitischen Hetzkampagne gegen die „Geldsackherrschaft“ und ihre „jüdische Presse“ überzogen wurde. Im Übrigen versuchten sich die Deutschnationalen als „wahre Volkspartei“ zu profilieren, die versprach, sowohl die „Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus“ zu bekämpfen als auch Arbeiter und Angestellte durch den „planmäßigen Ausbau der Sozialpolitik“ zu schützen sowie die Frauen zu vertreten, die sich durch ihre „bewundernswerten Leistungen“ im Krieg die politische Mitsprache verdient hätten¹⁸⁹.

Durch ihre Beteiligung am Kapp-Putsch kompromittiert, trat die DNVP vor dem 6. Juni 1920 die Flucht nach vorne an und beschuldigte die Reichsregierung, durch „Mangel an gutem Willen gegenüber berechtigten Forderungen“ den Putsch sowie „neues Elend“ und neuerlichen „roten Terror“ erst heraufbeschworen zu haben¹⁹⁰. Wenn sie auch aus wahltaktischen Gründen betonte, „auf verfassungsmäßigem Boden einen guten und ehrlichen Kampf um die Wiederaufrichtung des gebeugten Vaterlandes“ auszufechten, hielt sich die DNVP in der Verfassungsfrage zurück. Vielmehr akzentuierte sie den Kampf für die „Wiedergeburt des deutschen Volksgeistes“ und gegen „jeden zersetzenden, undeutschen Geist“, vor allem die seit der Revolution „immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit“¹⁹¹.

Als Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit kristallisierten sich nach 1920 der Kampf gegen Republik und Demokratie unter Ausnutzung der parlamentarischen Strukturen sowie für die Restauration der Monarchie und außenpolitische Revanche heraus. Obwohl prominente Parteiführer wie der spätere Reichsinnenminister Walter von Keudell aktiv in den Kapp-Putsch verstrickt waren, konnte die DNVP mit verbalradikalen Wahlparolen bei der Reichstagswahl vom Juni 1920 immerhin 15,1 Prozent der Stimmen erzielen. Ihr rascher Aufstieg bis 1924 kann geradezu als Gradmesser für die Stärke der republikfeindlichen Kräfte im Nachkriegsdeutschland gelten. Während der 1920er-Jahre war die DNVP nicht nur die stärkste Fraktion unter den bürgerlichen Parteien, sondern die bestimmende Kraft der „nationalen Opposition“. Nach der Abspaltung der völkisch-antisemitischen Extremisten, die sich 1922 zur DVFP formierten, sowie der Aufnahme weiterer Nationalliberaler aus den Reihen der DVP im Frühjahr 1924 folgte in der Mittelphase der Republik eine Zeit der vor allem von den wirtschaftlichen Interessenverbänden gewünschten, aber stets begrenzten Mitarbeit der DNVP im Staat der „Novemberverbrecher“¹⁹².

Ihre größten Erfolge verzeichneten die Deutschnationalen mit Stimmenanteilen von um die 20 Prozent in den Reichstagswahlen 1924, die von außenpolitischen Themen wie dem von ihr scharf abgelehnten Dawesplan geprägt waren. Als weiteren Sieg konnten sie die Wahl Hindenburgs, dem Vertreter des „alten“ Deutschland, zum Reichspräsidenten im Frühjahr 1925 verbuchen. Bis 1928 bestimmten die pragmatisch denkende Parteiführung um Kuno Graf von Westarp sowie die wirtschaftlichen Inte-

ressenverbände die Politik der DNVP, die sich 1925 erstmals an einer bürgerlichen Reichsregierung beteiligte, aber wegen der Locarnoverträge noch im gleichen Jahr wieder bis Anfang 1927 in die Opposition ging. Auf Drängen der DNVP-Minister wurden die deutschen Zölle für Lebensmittel angehoben und ein Subventionsprogramm für die Landwirtschaft gestartet. Viele ehemalige deutschnationale Mittelstandswähler honorierten solche Interessenpolitik jedoch nicht, sondern bescherten der Partei im Mai 1928 mit einem Rückgang auf 14,1 Prozent der Stimmen eine herbe Wahlniederlage. Sie läutete das Ende der Ära Westarp und damit des ohnehin fragwürdigen Annäherungsprozesses der DNVP an die Weimarer Republik ein.

Unter der neuen Parteiführung Alfred Hugenbergs, dem Exponenten des alldeutschen Flügels, bis 1919 Vorsitzender des Direktoriums der Krupp AG, war ab dem Oktober 1928 die Rückkehr zur Fundamentalopposition beschlossene Sache, allerdings begleitet von weiteren Abspaltungen, darunter der christlich-soziale Flügel mit den Führern des „Deutschnationalen Arbeiterbundes“ und die Altkonservativen um Westarp. Die verbliebene Rumpf-DNVP unterstützte nach 1930 den kompromisslosen Oppositionskurs Hugenbergs, der die Partei mithilfe seines Presse- und Propagandaapparates in eine autoritär geführte Bewegung nach Vorbild der NSDAP umformte, die mit nationalrevolutionärem Ethos für die Aufrichtung eines neuen deutschen Machtstaates, eines „Dritten Reiches“, kämpfte⁹³.

Die DNVP repräsentierte in der Weimarer Republik das konservativ-nationalistische Milieu, dessen sozialer Unterbau vor allem auf den Mittelschichten ruhte, den kleinen und mittleren Selbständigen und Eigentümern – was der Aufwertungsfrage nach der Inflation eine besondere Brisanz für die Partei gab –, aber auch auf ostelbischen Landarbeitern, Händlern und Bauern, monarchistisch gesinnten Akademikern sowie „national“ eingestellten Angestellten. Ihren stärksten Rückhalt besaß die DNVP ähnlich wie die alten Konservativen in den protestantisch-ländlichen Gebieten Altpreußens. Die Unterstützung christlicher Gewerkschaftler und des DHV, aus deren Reihen sich der Arbeiterflügel rekrutierte, sowie enge Verbindungen zu den evangelischen Kirchen sicherten ihr eine gewisse Massenbasis. Über die ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere, die ganz dem Kaiserreich verhaftet blieben, war man eng mit dem Stahlhelm verbunden. Großen Einfluss auf die Politik der DNVP übten Industrielle, Agrarier, hohe Militärs und Bankiers aus, am promi-

nenntesten wohl Großadmiral Alfred von Tirpitz und Karl Helfferich, bis zu seinem Tode 1924 führender Parlamentarier der Partei.

Analog zu der heterogenen sozialen Zusammensetzung bot ihre Organisation infolge einer starken Dezentralisation, die sich nicht zuletzt bei Reichstagswahlkämpfen ungünstig auswirkte, ein regional sehr unterschiedliches Bild. Die Landesverbände besaßen – zum Teil unter anderen Parteinaamen (in Bayern etwa als Bayerische Mittelpartei) – großes eigenständiges Gewicht. Die Mitgliederzahl der DNVP bewegte sich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik um die 700 000¹⁹⁴, ging aber in den 1920er-Jahren kontinuierlich zurück. Dem Anschein nach eine Massenmobilisierungspartei mit Millionen von Wählern, blieb sie doch in ihren Entscheidungsstrukturen eine Honoratiorenpartei, deren Politik von den Fraktionen und organisierten Interessenvertretern aus Schwerindustrie und Großlandwirtschaft bestimmt wurde.

Fundamentale Opposition gegen die als illegitimer Staat empfundene Republik einerseits, konservatives Verantwortungsgefühl mit dem Schicksal des Staates „an sich“ und handfeste materielle Interessen andererseits, die auf Kooperation mit den bestehenden Strukturen drängten – unter diesem Zwiespalt litt auch die Politik der DNVP¹⁹⁵. Ein verbindliches Parteiprogramm existierte bezeichnenderweise nicht, dafür liegen aus der Frühphase der Partei immerhin einige Dokumente mit programmähnlichem Charakter vor, neben dem Gründungsaufruf vom November 1918 und den Wahlaufufen von 1919/20 insbesondere die „Grundsätze“ der DNVP von 1920. War die Partei unter dem Eindruck der Revolution noch zu defensiven Zugeständnissen an die Republik bereit gewesen – etwa das Koalitionsrecht oder der kurzzeitige Verzicht auf die Monarchie-Parole in den ersten Aufrufen –, nannten die Grundsätze neben der monarchischen Restauration als vorrangige Ziele den Kampf gegen die angebliche Vorherrschaft des Judentums, für eine „starke“, das hieß nur von deutschen Gesichtspunkten geleitete Außenpolitik, die Revision des Versailler Vertrags, den Wiedererwerb der Kolonien sowie die Befreiung Deutschlands von jeder „fremder Zwangsherrschaft“. In der Präambel sowie am Ende der Grundsätze wurde die Dolchstoßlegende kolportiert, die von Hindenburg nach Kriegsende in Umlauf gesetzte „beliebteste Lebenslüge der Deutschen“¹⁹⁶.

Der programmatische Antisemitismus der Deutschnationalen gipfelte in der von ihrer Propaganda stets gebetsmühlenartig wiederholten These, dass eine „seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortre-

tende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit“ zurückgedrängt werden müsse. An der Spitze der angestrebten nationalen Volksgemeinschaft versprach die DNVP für die „Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums“ zu kämpfen¹⁹⁷.

„Auf dem Boden der gegebenen Tatsachen“ – Die katholischen Parteien

Das Zentrum konnte innerhalb des deutschen Parteiensystems aufgrund seines „spezifisch katholischen Sozialmilieus eine Sonderstellung als Weltanschauungs- oder Gesinnungspartei“ beanspruchen¹⁹⁸. Obwohl es stark den interkonfessionellen Anspruch betonte, erschöpften sich die Erneuerungsbestrebungen nach dem November 1918 allerdings in einem kurzlebigen Namenszusatz „Christliche Volkspartei“ sowie in der Absage, welche die Führung um Matthias Erzberger monarchistischen Restaurationsforderungen erteilte. Ungeachtet eines soziostrukturellen „Volkspartei“-Charakters mit Anhängern aus allen sozialen Schichten blieb das Zentrum auch nach 1918 vor allem die Partei des katholischen Volksdrittels. Es war vor allem die religiöse Bindung, welche die sozial heterogene Partei zusammenhielt, für die sich allerdings bei Wahlen etwa nur sechzig Prozent aller deutschen Katholiken entschieden, darunter die „noch stark in der katholischen Lebenswelt verwurzelten Frauen“ mit einem Stimmenanteil von bis zu sechzig Prozent deutlich überrepräsentiert¹⁹⁹.

Obwohl ohne jede republikanische Tradition, stellte sich das Zentrum 1918 umstandslos auf „den Boden der gegebenen Tatsachen“, indem es sich als „Verfassungspartei“ der bürgerlichen Mitte ausgab. Von jeher war die Politik des Zentrums praktisch kaum durch feste Programmsätze bestimmt, sondern wurden Entscheidungen im Wesentlichen je nach den aktuellen Problemlagen getroffen. Innerparteiliche Gegensätze zwischen agrarisch-konservativen Kräften und dem gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerflügel konnten immer wieder durch das konfessionelle Element und die gemeinsame „katholische“ Zielsetzung erfolgreich überdeckt werden. Ohne dass nach 1918 nennenswerte Ausdifferenzierungen in politischer wie soziostruktureller Hinsicht erfolgten, blieb das Zentrum ein „echtes Integrationsmilieu“, das ein beachtliches Spektrum sozialer Interessen und Positionen unter dem katholischen Dach vereinigte²⁰⁰.

Das Zentrum versuchte sich im ersten Reichstagswahlkampf 1920 als „wahre Volkspartei“ zu profilieren, die den „versöhnlichen Ausgleich der Interessengegensätze zwischen den einzelnen Ständen und Berufen, zwischen den mehr fortschrittlichen und mehr konservativen Anschauungen in der Politik“ und nicht zuletzt zwischen den Konfessionen anstrebe²⁰¹. Das Hauptthema ihrer Wahlpropaganda bildete die Koalitionspolitik, das hieß die innerhalb des Zentrums nicht unumstrittene Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung. In Erinnerung an das Dilemma von 1919, als es nach einem scharf anti-sozialistischen Wahlkampf in eine Koalition mit der SPD eingewilligt hatte, vermied das Zentrum vor dem 6. Juni 1920 richtungspolitische Festlegungen, sondern führte den Wahlkampf gleichermaßen gegen Rechts und Links²⁰².

Bei den Reichstagswahlen der 1920er-Jahre blieb das Zentrum hinter der SPD die zweitstärkste demokratische Massenpartei der Republik mit einem Stimmenanteil von um die 13 Prozent, kam aber trotz etwa vier Millionen Wählern nicht über die Zahl von 200 000 Mitgliedern hinaus, die sich (außerhalb Bayerns) vor allem im Westen und im Rheinland konzentrierten, während der Osten Deutschlands – mit Ausnahme von Oberschlesien – Diasporagebiete für das Zentrum blieben. Der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Ortsgruppen scheiterte bereits an dem mangelnden Rückhalt der Partei in überwiegend protestantischen Regionen. Hinsichtlich der Finanzlage sorgten anlässlich der Wahlkämpfe neben den Beiträgen der Abgeordneten vor allem die Handels- und Industriebeiräte beim Parteivorstand für ein größeres Spendenaufkommen. Dennoch litt die Partei unter chronischem Geldmangel und vermochte sie weder einen leistungsfähigen Parteiapparat noch eine eigene Presse aufzubauen, die ihrer starken Stellung im Reich und in Preußen entsprochen hätte²⁰³. Die ungenügende Parteiorganisation konnte zum Teil durch das enge Zusammenwirken mit den vielfältigen Laienorganisationen, allen voran dem Volksverein für das katholische Deutschland, weniger dem Klerus, der gleichwohl wahlstrategisch große Bedeutung für das Zentrum besaß, sowie mit den Christlichen Gewerkschaften wettgemacht werden²⁰⁴.

Ein staatspolitischer Pragmatismus und die koalitionspolitische Flexibilität in den „wandelbaren Dingen des öffentlichen Lebens“, soweit sie nicht die Stellung der katholischen Kirche im Staat oder kulturpolitische Prinzipien betrafen, ließen das Zentrum eine Schlüsselrolle im parla-

mentarischen System von Weimar einnehmen und sowohl links- als auch rechtsgerichteten Reichsregierungen zwischen 1919 und 1932 angehören²⁰⁵. Die soziale Heterogenität des Zentrums bedingte seinen ausgeprägten Willen zum Ausgleich widerstrebender Interessen und war Grundstein für die bündnispolitische Scharnierstellung zwischen konservativen und liberal-bürgerlichen Parteien sowie der SPD. Die Beteiligung an den Bürgerblockkabinetten nach 1924 führte zu neuen heftigen Kämpfen um die Bündnispolitik des Zentrums, die Ende 1925 mit dem Austritt von Joseph Wirth, der Symbolfigur des „linken“ republikanischen Flügels, aus der Reichstagsfraktion eskalierten. 1927/28 ging seine Partei dennoch wieder eine Koalition mit der DNVP ein, weil sie hoffte, so endlich ein konfessionelles Reichsschulgesetz durchsetzen zu können. Die Regierungsbeteiligung an der Großen Koalition von 1928 bis 1930 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass ab 1928 eine verschärfte Rechtsentwicklung des Zentrums stattfand, die mit der Wahl des Trierer Prälaten Ludwig Kaas zum Parteivorsitzenden und Heinrich Brünnings zum Fraktionsvorsitzenden im Reichstag Ende 1929 personell festgeschrieben wurde. Im Anschluss an den Kölner „Parteitag der Besinnung“ vom Dezember 1928 sicherte man sich zugleich durch Aktivierung der weltanschaulichen Grundlagen das Plazet des katholischen Klerus für die kommenden Wahlkämpfe²⁰⁶.

Hinsichtlich des programmatischen Profils des Weimarer Zentrums besaß neben den angestammten kultur- und religionspolitischen Fragen die Sozialpolitik große Bedeutung, wo es sich stark an die katholische Soziallehre anlehnte. Maßgebender als Parteiprogramme – immerhin genügte das so genannte Soester Wahlprogramm von 1870 über 50 Jahre lang als politische Plattform – waren für den praktischen Kurs des Zentrums jedoch „eine Rede von Kaas, der Wahlaufuf von 1930, die Regierungspolitik Brünnings“²⁰⁷. Auf die revolutionären Ereignisse reagierte die zunächst völlig überraschte Parteiführung mit den „Leitsätzen“ vom 30. Dezember 1918, in denen es sich für die Wiederherstellung des Rechtsstaates sowie scharf gegen die Revolution aussprach. Es gelte, so der zentrale Passus, „ein soziales Recht der Allgemeinheit aufzurichten, das jeden Staatsbürger für seine pflichtmäßige Arbeit und sein Eigentum einen gerechten und zuverlässigen Schutz“ gewähre. Traditionell sah sich das Zentrum als „Kulturpartei“, der die Erhaltung der christlichen Werte zugleich Herzenssache und politische Methode war. Die Zentrumspropaganda verdankte schließlich ihre Wirkung in erheblichem Maße

der „scharfen Abgrenzung gegen die andersgläubige Umwelt“²⁰⁸. „Volksgemeinschaft“ hieß dabei der Schlüsselbegriff ihrer „Ausgleichsideologie“, der als Ideal einer konfessionellen Versöhnung und politischen Integration auch der katholischen Minderheit zugleich Gegenbild sowohl zum marxistischen Sozialismus als auch zum monarchistischen Obrigkeitsstaat war²⁰⁹.

In seinem ersten umfassenden Grundsatzprogramm, den „Richtlinien“ vom Januar 1922, definierte sich das Zentrum als „christliche Volkspartei, die bewusst zur deutschen Volksgemeinschaft steht und fest entschlossen ist, die Grundsätze des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen“. Außenpolitisch sprach das Zentrum von der „Weltgeltung“ Deutschlands und von „nationalen Notwendigkeiten“, die jeder Parteipolitik überzuordnen seien, wie die Revision von Versailles, die Kriegsschuldfrage oder der deutsche Anspruch auf Kolonien. Innenpolitisch bestimmten die „christliche Staatsauffassung“ und der „überlieferte Charakter als Verfassungspartei“ die freilich in der Praxis nicht eindeutige Stellung des Zentrums zur Weimarer Republik. Direkt katholische Interessenforderungen wurden von den Grundsätzen weitgehend vernachlässigt, lediglich der Bekenntnisschule solle „Raum zur Entwicklung“ gegeben werden²¹⁰. Seine Ausgleichspolitik nach 1918 verstand das Zentrum in erster Linie als „Dienst am Staat“, um das durch den „unglückseligen Umsturz“ bedrohte Reich vor dem völligen Untergang zu „retten“ – eine Denkfigur, die auch von der rechtsnationalen Propaganda verinnerlicht wurde. Das vorrangige Interesse des Zentrums an einem funktionierenden Gemeinwesen und effektiver Regierungsarbeit ließen verfassungspolitische Kontroversen um die ideale Staatsform als zweitrangig erscheinen. Karsten Ruppert sieht in der Dialektik, wonach dieselben christlich-katholischen Normen, in denen sich die Distanz des Zentrums zur Weimarer Republik spiegelte, zugleich auch der Grund dafür waren, dass es zu einer ihrer „zuverlässigsten Stützen“ werden konnte, das „eigentliche Dilemma“ der katholischen Partei²¹¹.

Vor allem die föderalistischen Tendenzen konnten nach dem Krieg nicht mehr in die lockere Programmstruktur des Zentrums integriert werden, sodass sich im November 1918 unter Führung des „Bayerischen Christlichen Bauernvereines“ und seines Vorsitzenden Georg Heim der bayerische Landesverband des Zentrums verselbständigte, um ein sozialdemokratisch geführtes Reich und den liberalen Erzberger-Kurs abzu-

wehren. Programmatisch unterschied sich die BVP vom Zentrum vor allem durch die landsmannschaftliche Einfärbung ihrer Positionen, den betonten Föderalismus und einen militanten „Antimarxismus“. Innerhalb des Weimarer Parteienspektrums repräsentierte sie eine katholisch-konservative, strikt antisozialistische Regionalpartei, die weniger der bürgerlichen Mitte als vielmehr der Rechten zuzurechnen ist²¹². Die BVP verstand sich selbst als Bewahrerin der Traditionen bayerischer Eigenstaatlichkeit in der von ihr nur formell bejahten Weimarer Republik. Im Januar 1920 löste sie die Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum im Reichstag und nahm an allen Reichstagswahlen mit eigenen Kandidatenlisten teil (allerdings nur in den vier bayerischen Wahlkreisen). Innerparteilich konnte sich die „aktivere jüngere Richtung“ um den neuen Vorsitzenden Fritz Schäffer durchsetzen und für eine verschärft „antimarxistische“ Ausrichtung der BVP sorgen.

Soziostrukturell war die BVP stark agrarisch-bäuerlich geprägt. Im katholisch-ländlichen Milieu Bayerns verfügte sie über einen festen Wählerstamm und erreichte bei Reichs- und Landtagswahlen im Durchschnitt etwa eine Million Stimmen, was ihr zwischen 16 und 22 Abgeordnete im Reichstag sicherte. Ihre Wähler mobilisierte sie ähnlich wie das Zentrum mithilfe der katholischen Vereine sowie des Klerus. Als einzige Regionalpartei erlangte sie größere reichspolitische Bedeutung und konnte in entscheidenden Situationen wie der Reichspräsidentenwahl 1925 sogar das Zünglein an der Waage spielen. Bedeutung für die praktische Politik der BVP besaß vor allem ihre Landtagsfraktion in Bayern, das bis 1933 von ihr regiert und nach Beseitigung der Münchner Räterepublik zur nationalistischen „Ordnungszelle“ des Reiches wurde. Gesellschaftspolitisches Ideal der BVP blieb der „organische Staat, eine homogene Gemeinschaft ohne gravierende Interessengegensätze, auf naturrechtlichen Prinzipien gegründet und ständisch gegliedert“²¹³. Gefordert wurden die „Rückkehr zur bundesstaatlichen Form des Reiches“, eine rigorose Einschränkung der Eingriffe von Seiten der „preußischen“ Zentralregierung in das Wirtschaftsleben der Länder sowie auf dem Boden der christlichen Weltanschauung der „gerechte Ausgleich der Interessen aller Stände“. Wichtigster Punkt des Parteiprogramms blieb der gegen einen preußischen Zentralismus als Feindbild gerichtete Ruf: „Bayern den Bayern“²¹⁴.

Revolutionäre Partei „im Wartestand“ – Das Dilemma der Weimarer Kommunisten

Die aus der Vereinigung des Spartakusbundes mit linksradikalen Splittergruppen an der Jahreswende 1918/19 hervorgegangene KPD führte die Traditionen des linken Flügels der Vorkriegssozialdemokratie weiter, indem sie sich zur proletarischen Revolution nach sowjetrussischem Vorbild bekannte. Nachdem sich auf dem Parteitag der KPD Mitte April 1920 in Berlin die Führung um Paul Levi gegen den extremen syndikalistischen Flügel durchsetzen konnte, rechtfertigte die Zentrale in ihrem am 17. April veröffentlichten Wahlauf Ruf die Beteiligung an den Reichstagswahlen damit, dass die eigentliche Entscheidung über das kommunistische Endziel – die „Eroberung der gesamten Staats- und Wirtschaftsmacht durch das Proletariat“ als Rettung vor dem „drohenden Verfall in die Barbarei“ – zwar außerhalb der Parlamente fallen werde. Im Sinne Rosa Luxemburgs müsse der Reichstag aber als „Tribüne“ genutzt werden, um „dem Unterdrückten zu sagen, wie sehr er unterdrückt ist, wie viel er verloren hat und was er gewinnen kann“²¹⁵.

In unbedingter Gegnerschaft zur Weimarer Republik sprengten sowohl die politischen Ziele der KPD als auch die Methoden ihrer „Straßenpolitik“ die von der Verfassung als legal vorgegebenen Spielräume der politischen Willensbildung. Taktisches Hauptziel der Kommunisten war, die deutschen Arbeiter durch die Schaffung einer „Einheitsfront von unten“ von ihren sozialdemokratischen Führern zu lösen. Seit ihrer Gründung übte die mehrmals verbotene KPD, die erst durch die Vereinigung mit der linken USPD Ende 1920 den Status einer Massenpartei gewann, strikte Opposition gegenüber dem „kapitalistischen Staat“. Es gab im Horizont der kommunistischen Bewegung nur den einen revolutionären Ausweg aus den Weimarer Verhältnissen, die von ihrer Propaganda als ganz und gar unerträglich dargestellt wurden. Jeder sozialer oder politischer Kompromiss galt bereits als „Verrat“. Die anfängliche Putschtaktik for man jedoch 1923 nach dem Scheitern offener Umsturzversuche ein und betrieb stattdessen parlamentarische Obstruktionspolitik, während scholastische Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs die Partei lähmten²¹⁶.

Für die von ständigen taktischen Kursänderungen geprägte Politik der KPD war mehr und mehr Moskau beziehungsweise die Kommunistische Internationale verantwortlich. Hier wurde 1928 auch die „ultra-

linke“ Generallinie eingeläutet, wonach in einer Periode des verschärften Klassenkampfes das letzte Bollwerk des Kapitals und somit der Hauptfeind der KPD die „Sozialfaschisten“ der SPD seien – eine These, die durch Ereignisse wie etwa dem Berliner „Blutmai“ von 1929 Nahrung erhielt. Zum Dilemma der KPD als einer revolutionären Massenpartei „im Wartestand“ (Sigmund Neumann) wurde, in objektiv nichtrevolutionären Zeiten eine dem Anspruch nach revolutionäre Politik betreiben zu wollen. Als sich 1929/30 die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland zuspitzte, war es der Partei vor allem wegen der anderweitigen Ziele der russischen Außenpolitik nicht möglich, zu der revolutionären Putschtaktik der Anfangsjahre zurückzukehren. Für seinen Kurs der forcierten Industrialisierung und Kollektivierung in Russland – „Sozialismus in einem Lande“ – konnte Stalin keine außenpolitischen Verwicklungen gebrauchen²¹⁷.

Obwohl ihr gesellschaftlicher Einfluss zwischen 1924 und 1929 geringer war als in den Anfangs- und Endjahren, blieb die KPD dennoch ein wichtiger Faktor in der Weimarer Politik und gehörte mit etwa dreieinhalb Millionen Wählern, das waren bei Reichstagswahlen zwischen zehn und zwölf Prozent, zu den größten deutschen Parteien. Insbesondere in der Weltwirtschaftskrise erhielt sie starken Zulauf und konnte ihre Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen 1932 auf 14,3 beziehungsweise 16,9 Prozent steigern. Von ihrer sozialen Zusammensetzung her stellte die KPD eine fast reine Klassenpartei der städtisch-industriellen Arbeiterschaft dar, aus der sich 1927 vier Fünftel der allerdings stark fluktuierenden Mitgliedschaft rekrutierten, während ihre Gesamtzahl um 1930 bei etwa 250 000 lag. Keineswegs war die KPD – wie lange angenommen – nur die Partei des so genannten Lumpenproletariats, vielmehr waren 1927 etwa vierzig Prozent der Mitglieder gelernte Arbeiter und erst in den Jahren nach 1930 dominierten die Arbeitslosen mit Anteilen von bis zu achtzig Prozent. Im Übrigen handelte es sich um eine fast reine „Männerpartei“, da der Frauenanteil bei nur 16 Prozent lag, sowie eine vergleichsweise junge Partei: achtzig Prozent der Mitglieder waren unter fünfzig Jahre alt²¹⁸.

Neben der Partei existierte ein Geflecht von Vor- und Umfeldorganisationen wie die Rote Hilfe oder die Revolutionären Gewerkschaften, auf die im Wahlkampf zurückgegriffen werden konnte. Als Kampforganisation für die Diktatur des Proletariats und Gegengewicht zu Stahlhelm und Reichsbanner hatte die KPD 1924 den Roten Frontkämpfer-

bund gegründet, der in den folgenden Jahren etwa 100 000 Mitglieder zählte und 1929 verboten wurde.

Von überragender Bedeutung für die Geschichte der Weimarer KPD, die formell keine selbständige Partei, sondern eine Sektion der Komintern und als solche deren Weisungen unterworfen blieb, war der Stalinisierungsprozess, der 1924 einsetzte und sich vor allem in einer zunehmenden Abhängigkeit von Moskau offenbarte. Im Zeichen ihrer „Bolschewisierung“ ab 1924/25 konsolidierte sie sich – wenn auch begleitet von heftigen Flügelkämpfen – unter der Führung des für seine Moskautreue bekannten Ernst Thälmann zu einer „Partei neuen Typs“²¹⁹. Im Unterschied zur NSDAP galt in der KPD nicht das Führerprinzip, sondern das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, offiziell eingeführt im Juli 1925 mit dem neuen „bolschewistischen“ Statut der KPD, das auch die Betriebs- und Straßenzellen als organisatorische Grundlage fest schrieb. Die zentralistischen Momente verstärkten sich und gaben der vom Parteitag gewählten Zentrale (später Zentralkomitee) eine große Machtbefugnis. Die faktische Entscheidungsgewalt lag in Händen des Politbüros und seines Führungsorgans, des Politsekretariats, das den hauptamtlichen Apparat der KPD kontrollierte. Als Partei der Mobilisierungs- und Massenaktionen, deren umstürzlerisches Profil und lärmende Agitation konzeptionelle Schwächen überdecken halfen, hob sich auch das soziokulturelle Milieu der Kommunisten deutlich vom defensiven Legalismus und Reformismus der Weimarer SPD ab²²⁰.

Laut dem Spartakus-Programm von 1918/19 trat die KPD für die „einheitliche sozialistische Republik“ ein, die als positives Gegenbild zum Weimarer Staat verheißungsvoll angepriesen wurde. Um dem großen Vorbild und „sozialistischen Vaterland“ Sowjetunion nachzueifern, stand zunächst die Weltrevolution auch auf der Tagesordnung der deutschen Kommunisten. In hymnischen Sentenzen wurde der Sieg des Spartakusbundes bereits mit dem „Sieg der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats“ gleichgesetzt. Daran schloss sich ein maximalistischer Forderungskatalog an, der im Kontrast zu der zahlenmäßigen Schwäche der Partei stand und von der Einsetzung von Arbeiter- und Soldatenräten als politische Exekutivorgane bis zur Abschaffung der deutschen Einzelstaaten reichte.

Nach dem Spartakus-Programm von 1918 verabschiedete die KPD kein ordentliches Parteiprogramm mehr. Auf dem Frankfurter Parteitag Mitte April 1924 nahm man unter der neuen „linken“ Führung lediglich

ein so genanntes Aktionsprogramm an, das eine „Epoche der verschärften kapitalistischen Offensive“ diagnostizierte²²¹ und neben dem Manifest des XII. Parteitagés von 1929²²² sowie der Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung vom August 1930 das bedeutendste Programmdokument der KPD darstellte. Wie ein roter Faden zog sich nicht zuletzt durch ihre Wahlpropaganda der Versuch, auf nationalistische Massenbewegungen in der Bevölkerung, wie etwa während des Ruhrkampfes 1923 oder angesichts des Aufstiegs Hitlers nach 1929, mit einer verschärft nationalistischen Agitation zu reagieren, um so die vermeintlich national gesinnten Protestwähler zu gewinnen. Als verbindlich auch für die KPD galten im Übrigen die Richtlinien der von Stalin gelenkten Komintern. Deren sechster Weltkongreß gab im September 1928 in Moskau als Parole die „Ersetzung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch das Weltsystem des Kommunismus“ aus. Zugleich dominierte nun die radikale Theorie, dass alles, was nicht kommunistisch sei, faschistisch sei, woraus die KPD eine unversöhnliche Feindschaft zur SPD ableitete. Ab 1928 wurden als „ultralinke“ Generallinie der Kampf gegen sozialdemokratischen „Gewerkschaftsbonzen“ sowie die unverbrüchliche Treue zur Sowjetunion propagiert²²³. Mit Abschluss der Bolschewisierung 1930 wurde innerparteiliche Kritik in der KPD weitgehend unmöglich. Ihr Hin- und Herpendeln zwischen einer mehr realistischen Taktik und der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes ließ die Kommunisten einerseits unberechenbar erscheinen und zum Schreckgespenst des deutschen Bürgertums werden, andererseits mauerten sie sich dadurch in ihrem politisch-kulturellem Ghetto ein. Durch den scharfen Konfrontationskurs gegenüber der „sozialfaschistischen“ SPD-Führung nach 1928 isolierte man sich schließlich selbst von jeder Bündnismöglichkeit mit den Demokraten gegen Hitler²²⁴.

„Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei“

Statt nach dem Krieg den innerliberalen Bruderzwist zu überwinden, riefen in Berlin ehemalige Führer der Fortschrittlichen Volkspartei schon am 16. November 1918 die DDP ins Leben, während der Hauptteil der alten Nationalliberalen um Gustav Stresemann einen Monat später die DVP gründete. Zwischen beiden liberalen Parteien sollte es in den 1920er-Jahren zu äußerst erbitterten Abgrenzungskämpfen kommen, die das

Entstehen einer stabilen bürgerlichen Mitte untergruben. Da sich einige nationalliberale Regionalverbände der DDP anschlossen, konnte die DVP bei den Wahlen zur Nationalversammlung nicht in allen Wahlkreisen antreten und blieb mit 4,4 Prozent der Stimmen weit hinter dem Ergebnis der Nationalliberalen von 1912 zurück. Schon bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 sollte sich aber das Verhältnis zur DDP, die 1919 mit 18,5 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft hinter MSPD und Zentrum geworden war und ihr bestes Ergebnis in der Weimarer Republik erreicht hatte, wieder umdrehen. Ohne wie die Deutschnationalen zu tief in den gescheiterten Putschversuch verstrickt gewesen zu sein, profitierte die DVP von der konterrevolutionären Grundstimmung nach dem Kapp-Putsch und gewann fast zehn Prozent hinzu. Unter dem Motto: „Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei“, das sich insbesondere auf die Situation in Preußen und das Spannungsverhältnis zur SPD bezog²²⁵, errang die DVP am 6. Juni 1920 mit 13,9 Prozent und 65 Mandaten den größten Wahlerfolg ihrer Geschichte. Breiten bürgerlichen Wählerschichten erschien die DVP als Garant von „Ruhe und Ordnung“, während die DDP durch ihre Koalitionspolitik als „halbsozialistische“ Partei diffamiert werden konnte. Das Bemühen, sich vom Stigma einer monarchistischen Rechtspartei zu befreien, verschwand im Wahlkampf jedoch völlig hinter der scharfen Aktionsparole der DVP: „Der Feind steht links!“²²⁶

In den Anfangsjahren der Republik rief die DVP fast ebenso laut wie die Deutschnationalen nach der Rückkehr zur Monarchie als der für das deutsche Volk „nach Geschichte und Wesensart geeignetesten Staatsform“, allerdings laut ihrer vorläufigen „Grundsätze“ vom Oktober 1919²²⁷, die das einzig verbindliche Programm der DVP blieben, auf „gesetzmäßigem Wege“. Erst unter dem Druck des Gründers und langjährigen Vorsitzenden Stresemann schwächte die DVP nach und nach ihre Opposition zur Weimarer Republik ab, indem die monarchistischen Tendenzen zumindest neutralisiert werden konnten. Nach der Reichstagswahl vom Juni 1920 gab sie ihre bisherige Obstruktionspolitik auf und trat in die bürgerliche Reichsregierung des Zentrums politikers Fehrenbach ein. Während der Inflationskrise vom Herbst 1923 willigte man unter dem Druck der wirtschaftlichen Interessengruppen gar in eine Große Koalition mit der SPD ein, um die Währungsstabilisierung durchzusetzen.

In der Mittelphase der Republik steuerte die Stresemann-DVP einen „vernunftrepublikanischen“ Kurs und machte sich zugleich in einer

Weise vom Prestige ihres langjährigen Vorsitzenden abhängig, dass zu Recht von der „Partei Stresemanns“ gesprochen wurde. Immerhin hielten dieser und der von ihm durchgesetzte Primat der Außenpolitik die Partei über alle Flügelkämpfe hinweg bis Ende der 1920er-Jahre zusammen. Obwohl die Deutschnationalen scharf gegen Stresemanns außenpolitischen Verständigungskurs polemisierten, plädierte die DVP stets für ihre Aufnahme in die Reichsregierung. Dahinter standen die gemeinsame „schwarzweißrote“ Grundausrichtung sowie der letztlich unüberbrückbare Gegensatz zur organisierten Arbeiterbewegung in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen. Nach dem Tod Stresemanns im Oktober 1929 brannten die innerparteilichen Gegensätze erneut auf, wobei der neue Parteivorsitzende Eduard Dingeldey ab 1930 für eine Rechtswendung und Kooperation der DVP mit der NSDAP sorgte²²⁸.

In den programmähnlichen Grundsätzen von 1919 bekannte sich die DVP zu einer nationalen Staatsgesinnung und schrieb die „Aussöhnung der liberalen und sozialen Gedanken“ auf ihre Fahnen. Ausgehend von sozialpartnerschaftlichen Ideen propagierte sie die „Volksgemeinschaft“, während außenpolitisch die Wiedererringung der deutschen „Weltgeltung“ oberstes Ziel war, zu erreichen vor allem durch Revision des Versailler Vertrages. Eine Völkerversöhnung sei unmöglich, trumpfte man in nationalistischer Diktion auf, „solange die Ehre des Deutschen Volkes von unseren Feinden zertreten“ werde. Wirtschaftspolitisch gehörte die DVP zu den entschiedensten Verfechtern des Privateigentums an Produktionsmitteln und einer „freien Wirtschaft“. Bei keiner zweiten Weimarer Partei trat die personelle und interessenmäßige Verflechtung von Politik und Wirtschaft so eklatant zutage wie bei der DVP. Insbesondere schwerindustrielle Interessenkreise übten großen Einfluss auf die Politik der Partei aus, was ihr den Ruf einbrachte, die „Partei der Schlotbarone“ zu sein, und sie nach der Hyperinflation in die Nähe der „Inflationsgewinnler“ rückte²²⁹.

In organisatorischer Hinsicht existierte die DVP im Wesentlichen nur in Form ihres Zentralvorstandes und der Wahlkreisverbände, während die Parteitage keinerlei Kontrollfunktionen besaßen. Die Mitgliederzahl schrumpfte bis Ende der 1920er-Jahre auf etwa 200 000, um nach 1930 rasant weiter abzunehmen. Unter soziostrukturellen Aspekten war die DVP alles andere als eine Volkspartei, sondern vielmehr eine Partei der bürgerlichen städtischen Mittelschichten, der Beamten, Angestellten, kleinen und mittleren Besitzbürger wie Handwerker, Hausbesitzer

und Händler, ohne größeren Rückhalt bei Arbeiterschaft oder Bauern. Besondere Bedeutung besaß die DVP in den Beamtenorganisationen, namentlich dem „Reichsbund der höheren Beamten“²³⁰. Dass die DVP dem Typus nach eine Honoratiorenpartei war, verdeutlicht bereits ein flüchtiger Blick auf ihre Finanzierung. Obwohl Stresemann verschiedentlich versuchte, seine Partei durch Schaffung eines ordentlichen Beitragsystems auf solide Grundlagen zu stellen, blieb die Parteikasse vor allem für Wahlkämpfe auf Spenden angewiesen, wobei die meisten Gelder aus der Ruhr- und Schwerindustrie beziehungsweise deren politischen Fonds flossen. Stresemanns Vorschlag, allen Parteien eine staatliche Wahlkampf-kostenrückerstattung gemäß ihrer Parlamentsstärke zu gewähren, scheiterte 1928 nicht zuletzt am Widerstand der industriellen Interessenvertreter in der eigenen Reichstagsfraktion, die zusätzliche Belastungen des Staates strikt ablehnte²³¹.

Zwischen Reaktion und Revolution – Die Deutsche Demokratische Partei

Nach dem missglückten Versuch, eine große liberale Einheitspartei zu bilden, setzte die DDP die linksliberale Tradition nach 1918 fort. Ihrem Gründungsauftrag lag die Intention zugrunde, den Liberalismus an der Seite der SPD zum Träger der Republik zu machen und sich deutlich von der Vergangenheit, von Monarchie und extremen Annexionisten abzugrenzen, zu denen nicht zuletzt auch Stresemann zählte. Anders als dessen DVP, die sich zum Bollwerk gegen den „Sozialismus“ stilisierte, präsentierten sich die Demokraten unter der Parole „Jeder Arbeiter muss ein Bürger, und jeder Bürger muss ein Arbeiter werden!“²³² als Partei des sozialen und politischen Ausgleichs. Die DDP war bereit, mit den Kräften des „Umsturzes“ zu kooperieren, und konnte sich aufgrund ihrer starken Mitarbeit an der Weimarer Reichsverfassung zu Recht als die eigentliche Verfassungspartei des neuen Staates fühlen. Neben dieser Republik bejahenden Grundhaltung charakterisierte ihre Politik ein „Primat national- und machtsstaatlichen Denkens“, weshalb sie 1919 den Versailler Friedensvertrag mehrheitlich als „unerfüllbar“ ablehnte²³³. Ihr Erfolg bei der Wahl zur Nationalversammlung beruhte vor allem darauf, dass große Teile des Bürgertums in der DDP das nötige Gegengewicht zur SPD sahen. Der Links- und Gesinnungsliberalismus blieb aber auch nach 1918 eine von der bildungsbürgerlichen Elite geprägte Teilkultur,

die sich vor allem in Abgrenzung zu den reinen Wirtschaftsliberalen und den unabhängigen Linksintellektuellen sammelte²³⁴.

An die veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen konnten sich die Demokraten nur schwer anpassen und trotz großen Zulaufs während der Revolution und organisatorischer Reformversuche nicht als Massenintegrationspartei auf Dauer etablieren²³⁵. In der Öffentlichkeit litt die DDP vielmehr unter dem Image einer Interessenvertretung des Finanzkapitals und der Industrie, was ihre Erfolgchancen im Mittelstand ebenso beeinträchtigen musste wie die fast ununterbrochene Regierungsverantwortung im Reich. Sich selbst sah die DDP als Brücke zwischen altem und neuem Deutschland, weshalb sie den Gedanken einer bürgerlichen Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie ablehnte. Aufgrund dieser Brückenfunktion hatte der bereits 1920 einsetzende Abstieg der DDP entscheidende Auswirkungen auf den Bestand der Weimarer Parteiendemokratie.

Der Aufruf der DDP zur ersten Reichstagswahl am 6. Juni 1920 bekannte sich zum Weimarer Verfassungswerk, das als Grundlage für die „nationale Demokratie“ und die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt bezeichnet wurde. Neben einer Rechtfertigung der bisherigen Koalitions politik, die man grundsätzlich fortsetzen wollte, betonte der Aufruf der Demokraten die „tief greifenden Unterschiede“, welche sie von den bisherigen Koalitionspartnern SPD und Zentrum trennten. Wenn auch der „reaktionäre Gewaltstreich der Kapp und Lüttwitz und der Wiederaufbruch der bolschewistischen Revolution“ nur dank den Mehrheitsparteien abgewehrt worden seien, kritisierte man die SPD wegen ihres Festhaltens am Klassenkampfgedanken und das Zentrum, weil es auf kultur- und schulpolitischen Gebiet die „geistige Einheit“ des Volkes zugunsten „religiöser Machtkämpfe“ auf Spiel setze. Wer den „Aufstieg“ wolle, müsse daher demokratisch wählen: „Deutsches Volk! Jetzt gilt es! Recht oder Gewalt, Freiheit oder Knechtung, Gleichheit oder Diktatur, Krieg oder Frieden!“²³⁶

Während der 1920er-Jahre wurden die Demokraten „einerseits das typischste Opfer jenes vieldiskutierten Niedergangs der alten ‚Weltanschauungsparteien‘ und andererseits in der breiten öffentlichen Meinung immer eindeutiger zur Vertretung des Kapitals“²³⁷. Der rasche Aufschwung der DDP während der Umbruchszeit 1918/19 entpuppte sich als postrevolutionäre Scheinblüte, die schon bei der Reichstagswahl vom Juni 1920 wieder verfliegen war. Ab diesem Zeitpunkt datiert der Überlebenskampf

der Demokraten, deren weit gespannte liberale Reformforderungen bei den von materiellen Interessen bewegten Wählern immer mehr an Attraktivität einbüßten. Die Idealisten einer „nationalen Demokratie“ mussten schmerzhaft erkennen, dass eine moderne Partei nicht allein durch Berufung auf ihre „großen Ziele“ überleben kann²³⁸. Mit Ausnahme der Dezemberwahl 1924 ging ihr Stimmenanteil seit 1919 kontinuierlich zurück. Gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung, in der sie mit 18,3 Prozent und 75 Mandaten drittstärkste Kraft hinter SPD und Zentrum wurde, verlor die DDP im Juni 1920 fast 60 Prozent ihrer Stimmen – vor allem an die liberale Konkurrenzpartei DVP – und sah sich im Mai 1928 bereits vor Ausbruch der großen Wirtschaftskrise mit 4,9 Prozent der Stimmen auf den Stand einer „Splitterpartei“ wie der WP zurückgeworfen²³⁹.

Von den schätzungsweise etwa 900 000 Mitgliedern im Jahr 1919 waren Ende der 20er-Jahre nur noch knapp 100 000 übrig geblieben. Diesen Wähler- und Mitgliederschwund versuchte die DDP auf Initiative ihres Vorsitzenden Erich Koch-Weser vor den Reichstagswahlen im September 1930 durch eine Öffnung nach rechts beziehungsweise ein Bündnis mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, dem parlamentarischen Arm des Jungdeutschen Ordens, aufzuhalten. Den politischen Bankrott der Linksliberalen offenbarten spätestens die Reichstagswahlen im Juli 1932, als die Deutsche Staatspartei, die DDP-Nachfolgepartei, nur noch ein Prozent der Wählerstimmen erreichen konnte.

Statt den Schritt zu einer Volkspartei zu machen, kennzeichnete die DDP in soziostruktureller Hinsicht vor allem Heterogenität, wobei sich ihre Anhänger und Funktionsträger vor allem aus dem selbständigen und unselbständigen Mittelstand, Teilen der nationalen, in den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft, überproportional aus den freien Berufen, Intellektuellen, aber auch aus dem Großunternehmertum rekrutierten. Laut der neueren historischen Wahlforschung zur Weimarer Republik erzielten beide liberalen Parteien mit steigendem Anteil der Beamten, Angestellten und Hausangestellten in den Wahlkreisen bessere Ergebnisse, nicht so aber bei den selbständigen Mittelschichten²⁴⁰. Stärker als in anderen bürgerlichen Parteien waren auch Frauen in der DDP vertreten, die bekannte Frauenrechtlerinnen wie Gertrud Bäumer oder Helene Lange zu ihren Führerinnen zählte. Ihre Finanzierung erfolgte – wie für eine Honoratiorenpartei typisch – fast ausschließlich über Spenden von kapitalkräftigen Unternehmern

und ihren Verbänden, von denen 1922 etwa zwei Drittel der Parteigelder kamen.

Der Agitationsstil der DDP war nüchtern rational und wenig suggestiv, da den Liberalen ein dialogisches Politikverständnis verbot, auf die nach 1918 „allgemein praktizierte populistische Propaganda, auf Freund-Feind-Polarisierungen und die Hasstiraden der rechten und linken Parteien“ einzuschwenken²⁴¹. Verstärkt wurde die Desintegration des Liberalismus und speziell der DDP noch durch Konzeptlosigkeit und Immobilismus in programmatischer Hinsicht. Die sich in der Regierungsverantwortung abnutzende Partei bot in vielen politischen Fragen ein „trauriges Bild der Zerrissenheit“²⁴². Außer dem Programm, das der zweite Parteitag im Februar 1920 verabschiedete²⁴³, besaß sie in den 1920er-Jahren kein verbindliches Programm, das neuen politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen oder Einsichten Rechnung getragen hätte. Das im August 1930 veröffentlichte „Manifest“ der neuen DStP kennzeichnete bereits eine Vermischung demokratischer liberaler Positionen mit volksnationalen Einflüssen. Für Hartmut Schustereit erscheint es wegen „weitgehend fehlender programmatischer Äußerungen der DDP“ grundsätzlich schwierig, ihre Haltung zu bestimmten Fragen der Reichspolitik überhaupt deutlich zu machen²⁴⁴. So nachdrücklich sich die Demokraten 1919/20 auf den Boden der Weimarer Reichsverfassung stellten, so betont national gaben sie sich in ihrem Grundsatzprogramm von 1920 und forderten neben der Revision der Friedensverträge auch die des „Raubes unserer Kolonien“, bejahten aber gleichzeitig den Gedanken des Völkerbundes. Ihren vagen liberalen Reformideen, an deren Spitze die Forderungen nach einer Änderung des Wahlsystems und die Reichsreform sowie das sozialreformerische Konzept des „sozialen Kapitalismus“ standen, blieben die Demokraten auch unter der neuen Firma Staatspartei nach 1930 treu²⁴⁵.

Das Versprechen einer radikalen Systemalternative – Die Nationalsozialisten

Gegründet Anfang 1919 als eine der vielen nationalistisch-antisemitischen Splittergruppen in München, entwickelte sich die NSDAP – so der Name ab 1920 – unter dem Symbol des Hakenkreuzes zu einer aus heutiger Sicht „anfangs stark antimodernistisch-völkischen, gleichwohl totalitär-modernen Protestbewegung, die Produkt der bürgerlich-kapita-

listischen Gesellschaft war und zugleich Protest gegen sie“²⁴⁶. Ihren vor allem in der „Ordnungszelle“ Bayern gesammelten Einfluss büßte die NSDAP nach dem missglückten Hitler-Ludendorff-Putsch vom 9. November 1923 und dem sich anschließenden Verbot zunächst wieder ein. Bis 1928 stellte sie nicht viel mehr als eine kaum wahr genommene Splittergruppe am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums dar²⁴⁷. Erst im Zeichen der Wirtschaftskrise erhielt die NSDAP wiederum Massenzulauf aus den Reihen der mit dem „System“ unzufriedenen Wähler, die nun aber über eine pyramidenförmige Organisationsstruktur nach Vorbild der SPD und dank einem Netzwerk von Vorfeld- und Umfeldorganisationen an die Partei gebunden und integriert werden konnten. Trotz der Führerideologie kennzeichneten die NSDAP in den Entscheidungsstrukturen ein Kompetenzwirrwarr und Machtkämpfe zwischen den in Gaue, Kreise und Ortsgruppen eingeteilten Organisationen. Vor allem durch ihre Propagandamethoden und ihr militant-millennarisches Selbstverständnis unterschied sie sich von anderen Parteien der Rechten, die ihre „gewaltförmige, demonstrativ-plebejische Öffentlichkeit“ und aktionistische Präsentation von Politik im „Kampf um die Straße“ ablehnten²⁴⁸.

Ohne den um die Person Hitlers aufgebauten Führerkult und den Propagandamythos einer sozialharmonischen Volksgemeinschaft wäre es der NSDAP nach 1929 kaum gelungen, innerhalb ihrer Anhängerschaft soziale Trennungslinien einzuebnen und auch nach außen als schichtenübergreifende Bewegung zu erscheinen²⁴⁹. In der Frühphase vor allem eine ländlich-kleinstädtische Partei der unteren protestantischen Mittelschichten und bis 1928/29 zunächst Interessenpartei für unzufriedene Mittelständler, verbreiterte die NSDAP danach sowohl ihre propagandistische Zielgruppenwerbung als auch ihren tatsächlichen sozialen Aktionsradius²⁵⁰. Wenn auch mit abnehmender Tendenz stellte sie sich in den Reichstagswahlkämpfen bis 1932 primär als „radikale Systemalternative mit proletarisch-sozialistischem Anstrich“ (Gerhard Paul) dar, deren Hauptadressat die Arbeiterschaft und deren Hauptgegner dementsprechend die SPD bildete. Ziel war die Gewinnung der proletarischen Massen für eine nationalistische Politik, mit anderen Worten die Nationalisierung des deutschen Arbeiters, der vom „internationalen Marxismus“ verführt worden sei.

Ihren Aufstieg nach 1929 verdankte sie nicht zuletzt dem Geschick, im Rückgriff auf den reichen Fundus „antidemokratischen Denkens“

(Kurt Sonthheimer) und begünstigt von der Wirtschaftskrise die republikfeindlichen Protesthaltungen in Wählerstimmen für sich umzumünzen. Die sensationellen Wahlerfolge von 1930 bis 1932 dürften wesentlich darauf beruht haben, dass die NSDAP von einer ständig steigenden Zahl von Wählern als radikalste und glaubwürdigste Alternative zum bestehenden „System“ angesehen wurde²⁵¹.

Im Bündnis mit einer Abspaltung der Deutschnationalen, der im Dezember 1922 gegründeten DVFP, die während der Staatskrise 1923 lautstark die völkische Diktatur gefordert hatte²⁵², traten die Nationalsozialisten erstmals im Mai 1924 bei Reichstagswahlen an. Ihre im Februar 1925 erfolgte „Neugründung“ fiel zusammen mit einer taktischen Kehrtwendung, insofern der aus der Haft entlassene Hitler nun über parlamentarische Wahlen zur Macht gelangen wollte und daher in erster Linie auf die Gewinnung einer Massenbasis setzte, was nicht hieß, dass NSDAP und SA ihre terroristischen Straßenkampfmethoden ablegten. Einen Großteil der Neuorganisation der Partei besorgte als Reichspropagandaleiter und (ab 1928) Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, der die Partei zugleich auf einen „nationalen Sozialismus“ festzulegen versuchte, während Hitler aus seinen prokapitalistischen Ansichten nie einen Hehl machte. Auch nach der Bamberger Führertagung vom Februar 1926 blieb der Streit um die sozialistischen Zielsetzungen des Nationalsozialismus ein „Angelpunkt der politischen Differenzen“ innerhalb der Partei²⁵³.

Die Wählerschaft der NSDAP besaß im Grunde kein festes Sozialprofil, sondern veränderte sich seit 1928 beinahe von Wahl zu Wahl, so dass von einer Protestpartei mit extrem hoher Wählerfluktuation gesprochen werden kann²⁵⁴. Neuere Untersuchungen haben ergeben, dass nur rund sechzig Prozent der Wähler Hitlers aus den alten Mittelschichten kamen, vierzig Prozent aber aus der Arbeiterschaft, während die Angestellten vergleichsweise wenig Sympathie für die NSDAP zeigten, die der Weimar-Forschung dennoch als die einzige „moderne integrationsfähige Volkspartei“²⁵⁵ gilt. Weitgehend resistent gegenüber ihren Parolen verhielten sich vor allem Wähler, die dem sozialdemokratischen oder katholischen Sozialmilieu angehörten.

Strategisches Hauptziel aller Anstrengungen der NSDAP war nach 1925 die Eroberung der politischen Macht und damit der Sturz des Weimarer Staates: „Von hier und nicht aus ideologischen Prämissen leiten sich Strategien und Taktik, Adressaten und Gegnergruppen ab“, so Ger-